



Jahresbericht Weltkirche

HERAUSGEGEBEN VON DER KONFERENZ WELTKIRCHE

2018

Inhalt



►
Protestschild bei „Fridays for Future“, dem Schüler-Streik für Klimaschutz

© Pixabay

◄
Titelbild: Der Klimawandel belastet insbesondere die Armen und Schwachen in Entwicklungsländern.

© pijaset/i-stockphoto.com



Vorwort von Erzbischof Dr. Ludwig Schick	1
------------------------------------------	---

Aus der weltkirchlichen Arbeit

Deutsche Ordensobernkonferenz	
► Klimagerechtigkeit fängt bei den kleinen Dingen an	2
Konferenz der Diözesanverantwortlichen Weltkirche ► Gemeinsam für das Eine Haus: Diözesane Weltkirche- und Umweltverantwortliche praktizieren Schulterchluss	4
ZdK und katholische Verbände ► Impulse für die weltkirchliche Arbeit	6
Bischöfliche Aktion Adveniat ► Frieden für die Menschen in Lateinamerika	7
Bonifatiuswerk der deutschen Katholiken ► Herkunft hat Zukunft	8
Caritas international ► Humanitäre Hilfe weltweit	9
Kindermissionswerk „Die Sternsinger“	
► Sternsinger machen sich stark gegen Kinderarbeit	10
Bischöfliches Hilfswerk Misereor ► 60. Geburtstag	11
Missio – Internationales Katholisches Missionswerk ► Glauben teilen. Weltweit	12
Renovabis ► 25 Jahre Solidaritätsaktion mit den Menschen im Osten Europas	13
Jahrestagung Weltkirche und Mission 2018	
► Religionsfreiheit – ein umkämpftes Menschenrecht	14

Themenschwerpunkt: Klimagerechtigkeit

Wer bezahlt für den Klimawandel?	16
Klimagerechtigkeit im ukrainischen Kontext	18
Der Mensch in der Schöpfung – Krone oder Schadensfall?	20
Das Ökumenische Netzwerk Klimagerechtigkeit	22

Weltkirchliche Arbeit in Zahlen 2018

Ordensgemeinschaften, Bistümer und Hilfswerke: Einsatz für die Kirche in aller Welt	24
Einnahmen und Ausgaben deutscher Ordensgemeinschaften für die weltkirchliche Arbeit 2018	25
Einnahmen und Ausgaben der Hilfswerke für die weltkirchliche Arbeit 2018	26
Direkte Projektförderung der Diözesen	28
Internetportal Weltkirche	28
Adressen und Impressum	29

Vorwort

Wir brauchen eine breite Diskussion über den Weg zu einer klimagerechten Gesellschaft

Die Erwärmung des Weltklimas wird sich fortsetzen und die Lebensgrundlagen der Weltbevölkerung gefährden. Die Erkenntnisse der Wissenschaft lassen daran keinen Zweifel. Die vom Menschen verursachte Emission von Treibhausgasen ist für diese Entwicklung mitverantwortlich. Deshalb ist der Mensch zur Änderung seines Verhaltens verpflichtet. Die Schwierigkeiten beginnen bei der Frage, wer bei der Reduktion der CO₂-Emissionen vorangehen und wer die damit verbundenen Folgekosten tragen soll. Das inzwischen von 197 Staaten ratifizierte Rahmenabkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen hat dafür das Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung formuliert. Während alle Staaten gefordert sind, ihren Ausstoß an Treibhausgasen zu reduzieren, sind die wirtschaftlich leistungsstarken zusätzlich verpflichtet, den schwächeren dabei beizustehen. Der Klimawandel wirft mithin neue Fragen der weltweiten Gerechtigkeit und Solidarität auf. Als katholische Kirche verstehen wir uns als Anwalt der Schwachen und Schutzlosen. Oftmals sind es gerade sie, die unter den Veränderungen des globalen Klimas besonders leiden. Damit stellen uns die Gefährdungen durch den Klimawandel vor völlig neue Aufgaben: Die Bekämpfung von Hunger und Armut muss ergänzt werden durch einen schonenderen Umgang mit den natürlichen Ressourcen.

Vor diesem Hintergrund haben die Deutsche Bischofskonferenz, die Ordensgemeinschaften, Diözesen und Hilfswerke die Jahrestagung Weltkirche und Mission vom 27. bis 29. Mai 2019 in Würzburg unter das Thema „Klimagerechtigkeit – ethische und politische Fragen“ gestellt. Gemeinsam mit Gästen aus Brasilien, aus dem Senegal sowie aus europäischen Ländern wurden Schritte auf dem Weg zu einer Gesellschaft diskutiert, die den Klimawandel begrenzen und die damit verbundenen Kosten gerecht verteilen kann. Angemahnt wurde eine gesellschaftliche und politische Debatte, um zu den notwendigen Änderungen bei der individuellen Lebensführung und zu einem Konsens über den Weg zu einer klimagerechten Gestaltung unserer Gesellschaften zu gelangen. Für die weltkirchlichen Einrichtungen der katholischen Kirche in Deutschland ist der Einsatz für Klimagerechtigkeit Teil einer umfassenden Solidarität, die auch den Kampf um Nachhaltigkeit einschließt.

Mit dem Jahresbericht Weltkirche 2018 geben die Diözesen, Orden und Hilfswerke der katholischen Kirche Auskunft über ihre Projektarbeit im zurückliegenden Jahr. Die Gesamtsumme, die unmittelbar in weltkirchliche Projekte investiert werden konnte, belief sich 2018 auf 616 Millionen Euro – eine Rekordsumme, die das Ergebnis des vergangenen Jahres um 14 Millionen Euro übertrifft. Da die Mittel für die weltkirchliche Arbeit weit überwiegend – neben staatlichen Mitteln – aus Spenden, Kollekten und kirchlichen Haushaltsmitteln stammen, dürfen wir darin den Ausdruck der Solidarität der deutschen Katholiken mit den leidenden Menschen in vielen Teilen der Welt sehen. Allen Spendern sei ein herzliches „Vergelt’s Gott“ gesagt.

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, danke ich für Ihr Interesse und wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.



Erzbischof Dr. Ludwig Schick

Vorsitzender der Konferenz Weltkirche und der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz





Ein zentrales Anliegen der Benediktinerabtei Plankstetten ist der bewusste Umgang mit Energie. Auf den Dächern des Staudenhofs der Abtei im Altmühltal sind großflächige Photovoltaikanlagen installiert.

© Abtei Plankstetten

Deutsche Ordensobernkongferenz Klimagerechtigkeit fängt bei den kleinen Dingen an

► Katholische Ordensgemeinschaften haben in der allgemeinen Öffentlichkeit oftmals ein positives Image. Ordensleute pflegten einen Lebensstil, bei dem die „Work-Life-Balance“, das Gleichgewicht von Arbeit und Entspannung, stimme, so eine landläufige Ansicht. Zum positiven Bild gehört auch, dass Orden nachhaltig wirtschafteten, biologisch wertvolle Produkte erzeugten und Qualität vor Quantität setzten. Dies sind ohne Zweifel Klischees, die mit der Wirklichkeit nicht immer übereinstimmen. Aber dennoch setzt die klösterliche Tradition schon immer auf eine gute Ausgewogenheit in der Hinwendung zu Gott, den Mitmenschen, zu den übrigen Geschöpfen und den einzelnen Dingen und Gegenständen. Die Benediktsregel zum Beispiel ist geradezu eine Blaupause für eine Lebensführung, die sich um Ausgewogenheit, Maßhaltung und Achtsamkeit bemüht. Das Vorbild des Ordensgründers Franziskus von Assisi besticht bis heute. Seine Armut und Einfachheit „waren keine äußere Askese, sondern etwas Radikaleres: ein Verzicht darauf, die Wirklichkeit in einen bloßen Gebrauchsgegenstand und ein Objekt der Herrschaft zu verwandeln“ (*Laudato si' 11*).

Bis heute stellen sich viele Ordensgemeinschaften und Ordensleute ganz bewusst in diese großen Traditionslinien. Angesichts der dramatischen Entwicklungen, die das Ökosystem der Erde an die Grenzen der Belastung führen, nimmt diese Haltung innerhalb der Orden noch deutlicher zu. Das fängt bei kleinen Dingen an. So haben sich die Erlöserinnen in Würzburg zu dem in jüngster Zeit viel diskutierten Tempolimit 130 km/h entschlossen. Sie verzichten freiwillig darauf, durch hohe Geschwindigkeiten mit dem Auto unnötig CO₂ auszustoßen. Zweifelsohne ist dies ein

symbolischer Akt. Er ist aber Ausdruck einer grundsätzlichen Haltung der Schwestern: „Der Schutz der Schöpfung ist für uns in allen Bereichen unseres Handelns als Kongregation wichtig. Wir diskutieren fortwährend neue Ideen, die dazu beitragen, die Welt, die uns geschenkt wurde, zu erhalten. Das freiwillige Tempolimit ist ein weiterer Schritt auf diesem Weg“, so die Generaloberin der Erlöserinnen, Sr. Monika Edinger.

Andere Gemeinschaften beteiligen sich an Netzwerken der Nachhaltigkeit. So haben seit 2010 mehrere Ordensgemeinschaften zusammen mit der Hochschule Amberg-Weiden (heute: Ostbayerische Technische Hochschule Amberg-Weiden) ein „Bündnis der Ethik und Nachhaltigkeit“ gegründet. Mit dabei sind das Kloster Ensdorf der Salesianer Don Boscos (gemeinsam mit dem in Ensdorf ansässigen Zentrum für erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit ZEN), die Benediktinerabtei Plankstetten und seit 2013 die Missionsdominikanerinnen von Strahlfeld sowie die Prämonstratenser der Abtei Speinshart. Seminarveranstaltungen mit Studierenden der Hochschule sind ein wichtiger Baustein der Initiative. Solarprojekte der Missionsdominikanerinnen in Simbabwe stehen beispielsweise auf dem Programm der Studenten und Studentinnen des Fachbereichs „Erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit“. Um z. B. der starken Abholzung in Simbabwe entgegenzuwirken, regten die Schwestern die Studierenden dazu an, Solarkocher zu entwickeln, die sich einfache Menschen auf dem Land finanziell leisten können. Neben den ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten ging es bei dem Projekt auch darum, den Alltag besonders der Frauen zu erleichtern, die teilweise weite Wege zurücklegen müssen, um genügend Feuerholz aufzutreiben.



◀
 Missionsdominikanerinnen: Auf dem Dach des St. Theresa's Hospitals in Charandura, Simbabwe, wird eine Solaranlage installiert.
 © Kloster St. Dominikus, Strahlfeld

Klöster wie das der Salesianer in Ensdorf und das der Benediktiner in Plankstetten bemühen sich aber auch darüber hinaus um einen umweltschonenden und nachhaltigen Lebensstil. Die Ensdorfer Salesianer erzeugen ihre Heizungsenergie bereits seit 2004 mit nachwachsenden Rohstoffen in einem Holzschnitzelheizwerk. Dadurch haben sie nach eigenen Angaben seither deutlich über eine Million Liter Heizöl eingespart, was einer Reduzierung des CO₂-Ausstoßes von über 3.500 Tonnen entspricht. Weitere CO₂-Einsparungen erreicht das Kloster durch Photovoltaikanlagen. Auch die Mönche von Plankstetten setzen mit einer Holzschnitzelanlage auf erneuerbare Energie zur Wärmegegewinnung. Um Wasser aufzuheizen, nutzt das Kloster aber auch Solarthermie: Auf insgesamt 60 Quadratmetern Fassadenfläche wird Sonnenenergie in Wärme umgewandelt und ersetzt so fossile Brennstoffe. Öko-Strom wird auch in Plankstetten mit Hilfe von Photovoltaik erzeugt. Darüber hinaus produzieren die Mönche Strom in der klostereigenen Biogas-Anlage. Dazu werden hauptsächlich Reststoffe aus der Tierhaltung vergoren. Intensiv-Kulturen wie Mais kommen nicht zum Einsatz. Mit der so gewonnenen Energie können sämtliche Klosterbetriebe mit Strom versorgt werden. Damit sind die Mönche rechnerisch energieautark.

Derartige Beispiele gäbe es viele aus Klöstern in Deutschland zu berichten. Die Deutsche Ordensobernkonferenz (DOK), die Kleinprojekte von Ordensleuten in aller Welt fördert, ermutigt mit wachsender positiver Resonanz die Missionarinnen und Missionare, auch Anträge für ökologisch nachhaltige und klimaschonende Projekte zu stellen. So konnte in den letzten Jahren zunehmend der Bau von Solar- und von Biogasanlagen unterstützt werden.

Auch spirituell greifen Ordensleute die Thematik auf. 2015 initiierte die DOK eine Gebetskette, die den Ökumenischen Pilgerweg für Klimagerechtigkeit begleitete. Tag für Tag dieses Pilgergangs von Flensburg bis nach Paris zur UN-Klimakonferenz trugen Ordensgemeinschaften die Anliegen des Klimaschutzes in ihren Gebeten vor Gott.

In die aktuellen politischen Diskussionen mischen sich die Orden ebenfalls ein, sei es, indem sie sich z. B. stark machen für die Schülerinitiative „Fridays for future“, sei es mit ihrer wissenschaftlichen Expertise. So meldete sich jüngst der Präsident der Hochschule der Jesuiten in München, Johannes Wallacher, der selber kein Mitglied des Ordens ist, pointiert zur Diskussion über eine CO₂-Abgabe zu Wort. Für ihn und für viele Jesuiten, die hinter ihm stehen, ist es keine Frage, dass der Gebrauch von CO₂ und anderen Umwelt-Ressourcen von den Nutzern zu bezahlen ist. „Es ist im Grunde genommen keine Steuer, wie es oft genannt wird, sondern es ist eine Kompensation für die Kosten, die wir sowieso produzieren, aber bisher immer auf Dritte, auf die Armen, auf nachfolgende Generationen übertragen haben“, so der Ökonom und Philosoph.

Das Bild, das Ordensleute in den Augen vieler abgeben, ist nicht selten verzerrt und oft auch nicht frei von einer gewissen Betulichkeit. Schaut man etwas näher hin, stellen sich viele Ordensgemeinschaften, getragen von ihrem jeweiligen Charisma, engagiert den Herausforderungen der Zeit. Die Bewahrung der Schöpfung gehört dabei gleichsam zu ihrer DNA.

Heribert Böller
 Generalassistent der Deutschen Ordensobernkonferenz



▶
 Studierende des Fachbereichs „Erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit“ der HAW entwickelten auf Anregung der Missionsdominikanerinnen einen Solarkocher.

© Kloster St. Dominikus, Strahlfeld



▲
Domdekan Dr. Christoph Kohl
(links mit erhobenen Armen)
erteilt den Radlerinnen und
Radlern den Reisesegen.

© Bistum Speyer

Konferenz der Diözesanverantwortlichen Weltkirche Gemeinsam für das Eine Haus: Diözesane Weltkirche- und Umweltverantwortliche praktizieren Schulterschluss

► Die Herbst-Vollversammlung 2018 der Deutschen Bischofskonferenz war – auch in der medialen Berichterstattung – bestimmt vom Umgang mit den Ergebnissen der MHG-Studie über sexuellen Missbrauch in der Kirche. Ziemlich unterhalb des allgemeinen Wahrnehmungs-Radars blieb dabei ein einstimmiger Beschluss aller versammelten deutschen Bischöfe und Weihbischöfe gegen Ende des Treffens, der nichts anderes als eine Zäsur der kirchlichen Umwelt- und Nachhaltigkeitsarbeit in Deutschland darstellt: Mit der Erklärung „Schöpfungsverantwortung als kirchlicher Auftrag. Handlungsempfehlungen zu Ökologie und nachhaltiger Entwicklung für die deutschen (Erz-)Diözesen“ (Arbeitshilfen Nr. 301) haben sich die deutschen Bischöfe erstmals selbst in die Pflicht genommen, das eigene Handeln in den Diözesen systematisch an der Sorge für das gemeinsame Haus auszurichten. Dass bereits im Titel wie auch später immer wieder im Text sowohl die „Umwelt“- wie die „Eine-Welt“-Seite adressiert werden, ist einerseits inhaltlich geboten, verdankt sich aber andererseits auch der Genese des Beschlusses.

Die Bischöfe hatten 2016 entschieden, nach einer zweimaligen, eher theoretischen Befassung mit der im Frühsommer 2015 veröffentlichten Enzyklika *Laudato si'* in einem weiteren Studienhalbtage im Herbst 2017 dezidiert nach möglichen – vielleicht sogar zwingend erforderlichen – kirchlich zu ziehenden Konsequenzen aus der Enzyklika zu fragen. Die inhaltliche Verantwortung für die Konzeption dieses Studientags wurde der Kommission VI und der Kommission X übertragen, die erste Vorentscheidung für die ab hier verlaufende „Zweigleisigkeit Umwelt und Entwicklung“. Weihbischof em. Bernd Uhl, langjähriger Vorsitzender der Arbeitsgruppe für ökologische Fragen der K VI, gab den Anstoß, so zu planen, dass am Ende ein greifbares, auch in die Zukunft wirkendes Ergebnis stehen könnte. Und die Impulsgeber des

Studienhalbtags im Herbst 2017 schufen die nötige Atmosphäre für den Beschluss zum Einsetzen einer Arbeitsgruppe mit dem Auftrag, mögliche „diözesane Selbstverpflichtungen“ zu erarbeiten. Diese wiederum – ein nächster entscheidender Schritt – setzte sich zusammen aus Vertretern der genannten beiden Bereiche, des ZdK und der Konferenz der Generalvikare. Die Gruppe unter dem Vorsitz von Weihbischof Rolf Lohmann (Münster) arbeitete so konzentriert, dass innerhalb von weniger als sechs Monaten eine für alle Bischöfe zustimmungsfähige Vorlage entstehen konnte.

Im Dokument setzt sich sowohl auf der Begründungsebene in der Präambel wie auf der Handlungsebene in den zehn Empfehlungen selbst das „doppelte Denken“ der Entstehungszeit fort. „Aus dem Glauben an den dreieinen Gott, der die Welt geschaffen und uns anvertraut hat“, leitet die Präambel „unsere Verantwortung für die Schöpfung und die ganzheitliche Entwicklung des Menschen“ ab, die sich ausdrückt in konkret-praktischer Verantwortungsübernahme für Gottes Schöpfung und der besonderen Option für die Armen, Schwachen und Benachteiligten. Die zehn Handlungsempfehlungen adressieren sehr konkret die kirchlichen Handlungsfelder Pastoral, Bildung, Verwaltung und Mitgestaltung von Gesellschaft und verstehen dabei Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe kirchlichen Handelns. Vernetzung, gegenseitige Ermutigung und Kooperation in der Umsetzung sind dabei ebenso wichtig wie die Verbindlichkeit der Bemühungen, festgehalten in der Absicht, auf Ebene der Bischöfe regelmäßig – erstmals in drei Jahren – über den Entwicklungsstand in den Diözesen zu berichten.

Zentral für die Umsetzung auf Bistumsebene ist die Handlungsempfehlung fünf: „[...] Eine bewährte und deshalb empfohlene Möglichkeit hierzu ist, diözesane Verantwortliche wie Umweltbeauftragte zu ernennen, ausgestattet mit



◀ Christoph Fuhrbach (vorne) und Steffen Glombitza (dahinter) starten zur Bistumsumrundung.

© Bistum Speyer

dem Mandat der Diözesanleitung, in ihrem Auftrag das ökologische Engagement der (Erz-)Diözese zu koordinieren, zu steuern und nach innen wie nach außen zu stärken und zu vertreten. Sie benötigen dazu ihrem Auftrag entsprechende Kompetenzen, Beteiligungsrechte und Ressourcen. Eine gute Kooperation mit den verschiedenen diözesanen Verantwortlichen, insbesondere für die weltkirchliche Arbeit, ist unerlässlich. Diözesanes Handeln profitiert von überdiözesaner Vernetzung, Beratung und Vertretung im Themenfeld.“

Gemäß diesem Auftrag haben sich die diözesanen Umwelt- und Weltkirche-Verantwortlichen, auf Bundesebene organisiert in AGU (AG der Umweltbeauftragten der deutschen Bistümer) und KDW, auf einem gemeinsamen Studientag unmittelbar nach dem Beschluss der Handlungsempfehlungen im Herbst 2018 über mögliche Konsequenzen für ihre jeweiligen Arbeitsbereiche ausgetauscht und verständigt. Eine stärkere Kooperation zwischen den Vorständen beider Zusammenschlüsse wurde dabei ebenso verabredet wie die gemeinsame Erarbeitung einer möglichen Matrix für o. g. Berichterstattung innerhalb der Deutschen Bischofskonferenz. Im Trägerkreis des Ökumenischen Netzwerks Klimagerechtigkeit sind ohnehin beide Organisationen vertreten, und es entsprang der Initiative der KDW, dass die AGU mit in die inhaltliche Vorbereitung der Jahrestagung 2019 der Konferenz Weltkirche einbezogen wurde.

In verschiedenen Diözesen gab es zumindest punktuell schon lange eine intensive Zusammenarbeit zwischen den Umwelt- und Weltkirche-Zuständigen. Beispiele dafür sind Kooperationen in der Arbeit mit verschwisterten Bistümern im globalen Süden oder auch die Durchführung der Klimapilgerwege. Darüber hinaus ergaben sich bei diversen Fastenaktionen oder der von Misereor mit herausgegebenen Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ gute Möglichkeiten, gemeinsam Bildungsveranstaltungen und Aktionen durchzuführen.

In einzelnen Diözesen hat sich eine noch darüber hinausgehende Zusammenarbeit entwickelt. Als ein Beispiel dafür kann die Kooperation der Arbeitsstellen Weltkirche und Umwelt im Bistum Speyer genannt werden. Die fast vierjährige diözesane Kampagne „Gutes Leben. Für alle!“ (2013 – 2017) wurde maßgeblich von einem vierköpfigen Team, darunter der Umweltbeauftragte sowie der Weltkirche-Referent, geplant und in ständiger Absprache miteinander durchgeführt. Beide vertreten sich gegenseitig z. B. bei Vortragsanfragen etwa zu *Laudato si'*, bei Konferenzen sowie in der Kooperation mit den beiden Biosphärenreservaten Pfälzerwald und Bliesgau. Seit vier Jahren geben sie alle drei Monate einen gemeinsamen Newsletter „Weltkirche & Schöpfung“ heraus.

Mit weiteren – auch ökumenischen – Kooperationspartnern wurde der (Exerziten-)Weg „erd-verbunden“ entwickelt. In dessen Folge wird im September 2019 ein fünftägiger, biblisch orientierter Kurs als „Einführung in eine ökologische Spiritualität“ angeboten. Den Hintergrund dieser Initiativen bildet die Frage, wie das Bistum Speyer seiner Schöpfungsverantwortung im Anthropozän gerecht werden kann. Immer wieder führen der Umweltbeauftragte und der Weltkirche-Referent gemeinsam Gespräche mit Vertretern der Bistumsleitung. Dabei reicht die Themenpalette von Divestment über die Frage, wie die Handlungsempfehlungen der deutschen Bischöfe konkret im Bistum umgesetzt werden können bis hin zur gemeinsamen Suche nach einer diözesanen Vision angesichts der großen globalen Herausforderungen.

Dieser eingeschlagene Weg soll noch intensiviert werden. Ein nächster Schritt soll folgen, indem das bisherige Modul „Weltkirche“ in der Ausbildung des Pastorkurses auf beide Themenbereiche ausgedehnt wird.

Christoph Fuhrbach, Weltkirche-Referent im Bistum Speyer

Matthias Kiefer, Umweltbeauftragter des Erzbistums München und Freising



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken



▲
Begrüßung des kolumbianischen Präsidenten Juan Manuel Santos

© Katholikentag/Katharina Tenberge

ZdK und katholische Verbände – Impulse für die weltkirchliche Arbeit

► Die weltkirchliche Arbeit des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) und der katholischen Verbände war im Jahr 2018 besonders vom 101. Deutschen Katholikentag in Münster geprägt. Im Rahmen des Katholikentages wurden unter dem Leitwort „Suche Frieden“ viele weltkirchliche sowie umwelt- und entwicklungspolitische Themen diskutiert. Im Fokus der Veranstaltungen standen vor allem die Themen Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung. Weitere thematische Schwerpunkte bildeten die Themen Europa und Migration sowie der interreligiöse Dialog, in deren Rahmen zahlreiche Veranstaltungen stattfanden. Einen Höhepunkt stellten zudem der Weltkirchliche Gottesdienst und der Weltkirchliche Empfang dar. Zahlreiche Gäste aus aller Welt nahmen am Katholikentag teil und berichteten von ihrem Engagement in Afrika, Asien und Lateinamerika.

Im Frühjahr 2018 erschien eine didaktische Arbeitshilfe zur 2016 veröffentlichten Erklärung des Gesprächskreises „Christen und Muslime beim ZdK“: „Keine Gewalt im Namen Gottes“. Die Arbeitshilfe ist als Folgeprojekt der Erklärung entstanden und ist primär für den (katholischen) Religionsunterricht konzipiert, eignet sich aber auch gut für Lehrerfortbildungen und für die Jugendarbeit.

Weiterhin befasste sich eine Ad-hoc Arbeitsgruppe im ZdK-Sachbereich „Nachhaltige Entwicklung und globale Verantwortung“ unter der Leitung von Sprecherin Dr. Barbara Hendricks MdB mit der Gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP). Die Arbeitsgruppe erarbeitete einen Diskussionsimpuls, der grundlegende Elemente für eine zukunftsfähige EU-Agrarpolitik benennt, die die Auswirkungen auf die Länder des Südens besonders in den Blick nimmt. Der Diskussionsimpuls wurde im März 2019 veröffentlicht und spricht sich bei der bevorstehenden Reform der GAP für eine stärkere Orientierung an Umwelt- und Klimaschutz, Tierwohl und Beschäftigung aus. Ein Hauptaugenmerk des Diskussionsimpulses liegt zudem auf dem großen Potential der Landwirtschaft zum Klimaschutz und zum Erhalt der Biodiversität.

Am 19. September 2018 führte das ZdK gemeinsam mit den Katholischen Akademien Franz Hitze Haus in Münster, Kommende Dortmund und Katholisch-Soziales Institut Siegburg das Forum ethisch-nachhaltiges Investment unter dem Thema „Strategien für die Geldanlage aus kirchlicher Verantwortung“ in Siegburg durch. Inhaltliche Schwerpunkte der Tagung waren die sozialetischen Ansprüche an die Verwaltung kirchlichen Vermögens sowie unterschiedliche Anlageoptionen. Ethische Maßstäbe sind hierbei insbesondere der Schutz des menschlichen Lebens, die Einhaltung und Förderung der Menschenrechte, die Arbeitsbedingungen in Entwicklungsländern und die Bewahrung der Schöpfung. Am 1. Oktober 2019 wird eine Folgetagung in der Akademie Franz Hitze Haus in Münster stattfinden.

Nicole Podlinski, Bundesvorsitzende der Katholischen Landvolkbewegung

Dirk Bingener, Bundespräsident des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend



►
Impressionen von der Kirchenmeile beim Katholikentag in Münster

© Katholikentag/Fabian Weiss



Bischöfliche Aktion Adveniat Frieden für die Menschen in Lateinamerika

► In Frieden leben – das ist für Yasmery aus Peru und Guadalupe aus Bolivien heute Wirklichkeit. Nach einer Ausbildung zur Bäckerin und Frisörin gestalten sie nun die Zukunft ihrer Familien. Friedensprojekte, die Konfliktparteien wieder an einen Tisch bringen, Landwirtschaft im Einklang mit Mensch und Natur, Menschenrechtsarbeit zugunsten indigener Völker und Bildungsprojekte, die junge Menschen von der Straße und aus der Armut holen – das Lateinamerika-Hilfswerk Adveniat unterstützt zahlreiche Initiativen in Lateinamerika und der Karibik, die der Bevölkerung ein Leben in Frieden untereinander und mit der Umwelt ermöglichen.

Denn Mensch und Natur werden in Lateinamerika und der Karibik nach wie vor rücksichtslos ausgebeutet. Gründe für den Unfrieden sind die Ungleichheit in den Gesellschaften, die Diskriminierung und die systematische Benachteiligung von Minderheiten wie indigenen Völkern, von Afroamerikanern, Frauen und jungen Menschen. Zu viele Lateinamerikaner sind struktureller Gewalt ausgesetzt. Sie leiden unter Staatsversagen, Korruption, Gewalt, Hunger, Obdachlosigkeit, fehlendem Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung und der rücksichtslosen Ausbeutung der Ressourcen.

Adveniat, das Lateinamerika-Hilfswerk der katholischen Kirche in Deutschland, steht für kirchliches Engagement an den Rändern der Gesellschaft und an der Seite der Armen. Mit jährlich rund 2.000 Projekten und 37 Millionen Euro steht Adveniat seinen Partnern in Lateinamerika und der Karibik bei und bahnt gemeinsam mit ihnen Wege aus der Not der Menschen für ein Leben in Würde. Getragen wird das Werk von hunderttausenden Spenderinnen und Spendern vor allem auch in der alljährlichen Weihnachtskollekte am 24. und 25. Dezember. Adveniat finanziert sich zu 95 Prozent aus Spenden.
www.adveniat.de

Das Amazonas-Tiefland schützen – damit die Erde eine Zukunft hat

Mit seiner Sozial- und Umweltenzyklika *Laudato si'* und der Einberufung der Amazonas-Synode hat Papst Franziskus gezeigt: Der umfassende Schutz der ausgegrenzten Armen und der geschundenen Schöpfung haben absolute Priorität. Nur eine vorrangige Option für die Schöpfung kann unseren Planeten noch retten. So wie in Europa hunderttausende Jugendliche bei den Kundgebungen „Fridays for future“ für ihre Zukunft auf die Straße gehen, kämpfen die indigenen Völker am Amazonas für ihr Überleben. In dieser existentiellen Situation steht das Lateinamerika-Hilfswerk Adveniat an der Seite der kommenden Generationen und der bedrohten ursprünglichen Völker und setzt sich daher besonders für den Schutz des Amazonas-Tieflands ein.



Der eindringliche Ruf der Jugendlichen zur Umkehr ist angesichts des fortschreitenden Klimawandels und des viel zu zögerlichen Handelns in Politik und Gesellschaft sehr berechtigt. Weltweite Solidarität und verantwortliches Handeln im Alltag sind Grundvoraussetzung dafür, dass alle Menschen in Frieden untereinander und mit der Umwelt leben können.

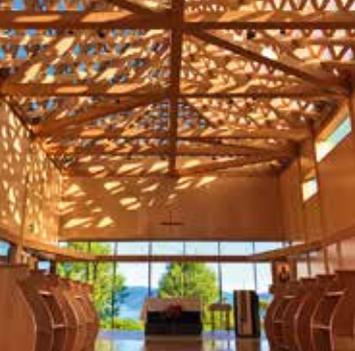
Pater Michael Heinz SVD
Hauptgeschäftsführer Adveniat

▲
Luftaufnahme des Regenwaldes rund 400 Kilometer südlich der brasilianischen Stadt Manaus.

© Adveniat/Thomas Milz

▲
Das ehemalige Straßenkind Guadalupe hat mit Hilfe von Adveniat eine Ausbildung zur Frisörin gemacht und kann so den Lebensunterhalt für ihre kleine Familie verdienen.

© Adveniat/Martin Steffen



Immer mehr Reisende und Einwanderer suchen die Ruhe und Spiritualität der Klosterkirche auf Tautra.

© Linda Tøftum

Die Zahl der Trappisten-Schwestern auf Tautra wächst seit der Gründung des Klosters kontinuierlich.

© Linda Tøftum

Bonifatiuswerk der deutschen Katholiken Herkunft hat Zukunft

Es war ein starkes Zeichen des Friedens und des Zusammenhalts, als am 21. September 2018 viele tausend Glocken – weltliche und kirchliche – in ganz Europa gemeinsam erklangen. Auch das anschließende Friedensgebet zeigte, dass gerade die Stimmen der christlichen Kirchen für ein nachhaltiges politisches Handeln in Europa zwingend notwendig sind. Während des Europäischen Kulturerbejahres 2018 hat das Bonifatiuswerk – als einziges katholisches Hilfswerk – nicht nur diese Aktionen, sondern viele weitere mitinitiiert und entwickelt und so aktiv dazu beigetragen, die christlichen Wurzeln Europas sichtbar zu machen. Gerade der Blick auf die nordeuropäischen und baltischen Länder – die von vielen nur zur Peripherie der katholischen Kirche gezählt werden – zeigt, dass katholische Kirche weit mehr ist als nur ein Zaungast, der unbeteiligt der europäischen Entwicklung zusieht. Die Papstreise zum 100. Staatsjubiläum der baltischen Staaten war unter anderem ein besonders wichtiges Zeichen für die Katholiken in diesen Ländern, da es signalisierte, dass die Evangelisierung bereits im Herzen Europas beginnt und alle Christen auch über Grenzen hinweg im Glauben miteinander verbunden sind.

Im Jahr 2018 konnte das Bonifatiuswerk unter anderem zukunftsweisende Projekte der katholischen Kirche in Nordeuropa mit 996.900 Euro und in Estland und Lettland mit 449.300 Euro fördern. Eines der wichtigen „Leuchtturmprojekte“ ist das Marienkloster auf Tautra in Norwegen, das derzeit erweitert wird. Dort führen 16 Trappisten-Schwestern aus zwölf Nationen ein beständiges Leben im benediktinischen Rhythmus. Gerade für die Integri-



on der vielen Einwanderer aus ganz Europa – mit ihren unterschiedlichen kulturellen Hintergründen und Sprachen – spielt die Willkommenskultur der Ordensgemeinschaften eine zentrale Rolle. Ähnliche integrative Aufgaben übernimmt auch die katholische Kirche auf Island. In Selfoss soll, anders als in den meisten europäischen Ländern, keine Kirche geschlossen, sondern eine neue Kirche für 6.000 Katholiken mit Hilfe des Bonifatiuswerkes gebaut werden.

Auch im lettischen Ikšķiļe wird etwas Neues begonnen, das von einem Aufbruch der katholischen Kirche zeugt. „Wir sind glücklich darüber, unser Ordensleben nun ganz auf Gott ausrichten zu können“, sagte Schwester Elia Nehen, die Gründerin des ersten Karmelklosters in Lettland. Eingeweiht wurde das kontemplative Kloster durch Erzbischof Zbignevs Stankevičs im vergangenen Jahr. Das Bonifatiuswerk hat den Bau mit 834.500 Euro unterstützt. In der Diaspora dieser Länder zeigt sich eine katholische Kirche im Aufbruch, von der die deutschen Katholiken in Anbetracht des Mitgliederrückgangs einiges lernen können. In diesen Ländern missionarisch Kirche zu sein heißt für uns im Bonifatiuswerk, sich der eigenen Herkunft bewusst zu sein, Verantwortung für die Menschen zu übernehmen und sich aktiv einzumischen.

Msgr. Georg Austen
Generalsekretär des Bonifatiuswerkes



Das Bonifatiuswerk unterstützt katholische Christen dort, wo sie in einer extremen Minderheitensituation ihren Glauben leben, und fördert so die Seelsorge in den Bereichen der Deutschen und Nordischen Bischofskonferenz (Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland und Island) sowie in den baltischen Staaten Estland und Lettland. Als „Hilfswerk für den Glauben“ sammelt es Spenden und stellt diese als Hilfe zur Selbsthilfe zur Verfügung.
www.bonifatiuswerk.de



caritas **international**
DAS HILFSWERK DER DEUTSCHEN CARITAS



Caritas international Humanitäre Hilfe weltweit

► Im Jahr 2018 haben Caritas international in besonderem Maße die Serie von Naturkatastrophen in Indonesien und lang andauernde bewaffnete Konflikte beschäftigt.

Der südostasiatische Inselstaat Indonesien wurde 2018 gleich dreimal von schweren Katastrophen getroffen. Im August starben auf der Insel Lombok mehr als 600 Menschen durch ein Erdbeben. Am 28. September 2018 wurde auch die Insel Sulawesi von einem schweren Erdbeben verwüstet. Dem Beben folgte eine Tsunamiwelle, die mit 800 Stundenkilometern auf die Küstenstadt Palu prallte und große Zerstörungen anrichtete. Mehr als 2.100 Menschen kamen hierdurch ums Leben. Einen Tag vor Heiligabend löste dann ein Erdbeben am Vulkan Anak Krakatau zwischen den Inseln Sumatra und Java einen weiteren Tsunami aus, durch den 500 Menschen starben und Tausende obdachlos wurden.

Die Partner des Hilfswerks des Deutschen Caritasverbandes stehen Betroffenen all dieser Katastrophen zur Seite. In einer ersten Phase verteilen sie Nahrungsmittel und Hygieneartikel an Bedürftige und entsendeten medizinisch und psychologisch geschulte Expertenteams in das Katastrophengebiet. In einer weiteren Phase, die länger andauern wird, helfen die lokalen Partner den Menschen dabei, wieder eine eigene Unterkunft zu bekommen.

Der Krieg in Syrien geht unterdessen in sein neuntes Jahr – und noch immer herrscht kein Frieden. Mehr als sechs Millionen Menschen sind Vertriebene im eigenen Land, mehrere Millionen Flüchtlinge harren weiter in anderen Ländern aus. Um das Leid der Syrerinnen und Syrer zu lindern, werden an zahlreichen Orten Nahrungsmittel und andere Hilfsgüter durch die Partner von Caritas international verteilt. Sie ermöglichen unter anderem medizinische Behandlungen und finanzieren in einigen Fällen notwendige Operationen. Auch in den Nachbarländern Syriens unterhält Caritas international diverse Projekte für Flüchtlinge aus dem Land.



Weitere anhaltende Konflikte, in denen Caritas international sich für die Betroffenen engagiert, sind unter anderem die Krisen in Venezuela, im Jemen und in der Tschadsee-Region. Neben Betroffenen der Serie von Naturkatastrophen in Indonesien hat Caritas international im Jahr 2018 auch Opfern der Flut im indischen Kerala sowie des Tropensturms Mangkhut auf den Philippinen geholfen.

Dr. Oliver Müller
Leiter Caritas international

▲ *Aktivitäten für Kinder an der Küste der indonesischen Insel Java.*

© Caritas international/Bente Stachowske

▲ *Auf der Insel Lombok ist der Wiederaufbau bereits weit vorangekommen.*

© Caritas international

▲ *Die Hilfe in Syrien wird auch mehr als acht Jahre nach Kriegsausbruch fortgesetzt.*

© Caritas international

Caritas international, das Hilfswerk des Deutschen Caritasverbandes, leistet weltweit Überlebenshilfe für Menschen, die durch Naturkatastrophen oder andere Krisen in Not geraten sind. Darüber hinaus werden soziale Projekte für Kinder, Kranke und alte Menschen sowie für Menschen mit Behinderung gefördert. Die Arbeit des Hilfswerks will den Menschen langfristig Perspektiven für ein besseres Leben eröffnen. Deshalb arbeitet Caritas international eng mit 165 nationalen Caritas-Verbänden und zahlreichen Partnerorganisationen vor Ort zusammen. Dieses Partnerschaftsprinzip ist der Grundpfeiler der Arbeit von Caritas international. Denn die einheimischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kennen die Gegebenheiten und Bedürfnisse vor Ort am besten. Ihre Kompetenz und ihr Engagement gewährleisten den dauerhaften Erfolg der Arbeit. Von Freiburg aus werden etwa 700 Hilfsprojekte in über 70 Ländern betreut. Im Mittelpunkt von Caritas international steht dabei immer das Leitmotiv, wirksame Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.
www.caritas-international.de





▲ *Die Sternsinger kommen! Rund um den Jahreswechsel sind überall in Deutschland Kinder in den Gewändern der Heiligen Drei Könige unterwegs, bringen ihren traditionellen Segen und sammeln für Not leidende Gleichaltrige in aller Welt.*

© Kindermissionswerk/Benne Ochs

▶ *In einem dunklen Raum sitzt Neetu (8) im Schneidersitz vor einer Flamme, die Beine werden an den Knien von zwei Ziegelsteinen gestützt. Neben ihr arbeiten ihre Mutter Dhan Devi und ihre Brüder Raj Kishore und Bholay.*

© Kindermissionswerk/Bettina Flitner

Kindermissionswerk „Die Sternsinger“ Sternsinger machen sich stark gegen Kinderarbeit

▶ „Ich will in die Schule gehen!“, das war Neetus größter Wunsch. Aber im Alltag der Achtjährigen war für Schule nie Zeit, denn sie musste arbeiten, um zum Unterhalt der Familie beitragen zu können. Von fünf Uhr morgens bis acht Uhr abends hat sie bunte Glasringe geschmolzen. Das Schicksal von Neetu ist kein Einzelfall, denn nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) müssen weltweit rund 168 Millionen Kinder zwischen fünf und 17 Jahren mehrere Stunden am Tag arbeiten. Das sind elf Prozent aller Minderjährigen, rund 85 Millionen Kinder arbeiten unter ausbeuterischen und gefährlichen Bedingungen. Genau darauf machten die Sternsinger gemeinsam mit den Trägern der Aktion Dreikönigssingen – dem Kindermissionswerk „Die Sternsinger“ und dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) – bei der 60. Aktion aufmerksam und boten Lösungen an.

„Mädchen und Jungen werden in Abendschulen durch die Projektpartner der Sternsinger schrittweise an eine formale Schulbildung herangeführt“, so Prälat Dr. Klaus Krämer, Präsident des Kindermissionswerks „Die Sternsinger“. „Vor Ort setzen die Projektpartner auch auf die Begleitung und Aufklärung von Dorfgemeinschaft und Eltern, denn sie sind der Schlüssel für eine bessere Zukunft der Kinder. In vielen Projekten der Sternsinger bilden sich Kinderrechteclubs oder Kinderparlamente. Dort finden sich arbeitende Kinder in Gruppen zusammen, sie besprechen ihre Situation, informieren sich gegenseitig über ihre Rechte und entwickeln gemeinsam Ideen, um politisch aktiv zu werden und ihre Situation zu verbessern.“

„Segen bringen, Segen sein. Gemeinsam gegen Kinderarbeit – in Indien und weltweit!“, so lautete das Leit-



wort der 60. Aktion Dreikönigssingen. Indien ist das Land mit den meisten arbeitenden Kindern weltweit. Hilfsorganisationen sprechen von bis zu 60 Millionen Jungen und Mädchen – und das, obwohl Arbeit für Kinder unter 14 Jahren in Indien im Jahr 2006 gesetzlich verboten wurde.

Die Aktion Dreikönigssingen 2018 hat den Sternsingern die unterschiedlichen Aspekte des Themas Kinderarbeit nähergebracht. Sie verdeutlicht ihnen, wie hilfreich und notwendig ihr Einsatz zugunsten ausgebeuteter Kinder ist und dass er gesellschaftsverändernde Kraft entfalten kann. Gleichzeitig möchte die Aktion das Bewusstsein der Kinder in Deutschland dafür schärfen, dass auch von hier aus ausbeuterische Kinderarbeit verringert werden kann, etwa indem deutsche Konsumenten keine von Kinderhand hergestellten Produkte kaufen.

Die Sternsinger setzen sich jedoch nicht nur in diesem Themenbereich für benachteiligte Gleichaltrige in aller Welt ein. Straßenkinder, Aids-Waisen, Flüchtlingskinder, Kindersoldaten, Mädchen und Jungen, die nicht zur Schule gehen können, denen Wasser, Nahrung und medizinische Versorgung fehlen, die in Kriegs- und Krisengebieten oder ohne ein festes Dach über dem Kopf aufwachsen – Kinder in rund 100 Ländern der Welt werden jedes Jahr in Projekten betreut und versorgt, die mit Mitteln der Aktion Dreikönigssingen unterstützt werden.

Prälat Dr. Klaus Krämer

Präsident Kindermissionswerk „Die Sternsinger“

Bei der 60. Aktion zum Jahresbeginn 2018 haben die Sternsinger mit der Sammlung von 48,8 Millionen Euro ihr bisheriges Rekordergebnis erzielt. Die rund 300.000 Sternsinger wurden dabei von mehr als 90.000 Ehrenamtlichen begleitet. Insgesamt hatten sich 10.148 Pfarrgemeinden, Schulen und Kindergärten beteiligt. 1.965 Projekte für Not leidende Kinder in weltweit 114 Ländern konnten die Sternsinger unterstützen. Träger der bundesweiten Aktion sind das Kindermissionswerk „Die Sternsinger“ und der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ). www.sternsinger.de



Steinkohletagebau in Lateinamerika
© Misereor/Susanne Friess

Bischöfliches Hilfswerk Misereor 60. Geburtstag

► Misereor feierte 2018 seinen 60. Geburtstag. Dabei wurde an besondere Meilensteine in der Geschichte der Organisation erinnert, die bis heute nachwirken: etwa die Begründung des Fairen Handels, das Engagement gegen das Apartheid-Regime in Südafrika oder die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ zu Umweltschutz, Landwirtschaft und Nachhaltigkeit. Bei dem Fach-Kongress „Entwicklung findet Stadt“ in Frankfurt/Main ging es um das starke Wachstum der großen Welt-Metropolen und die damit verbundenen Herausforderungen. So könne die Entwicklung unserer Städte nicht zukunftsgerecht geschehen, „wenn 80 Prozent der Betroffenen bei den Planungen gar nicht mit am Tisch sitzen“, warnte Misereor-Hauptgeschäftsführer Pirmin Spiegel.

Kohlestopp global und Aktion gegen die Menschenfeindlichkeit

Misereor startete 2018 seine Kampagne „Kohlestopp global: Für einen gerechten Kohleausstieg!“. Mit vielfältigen Aktivitäten wurde darauf aufmerksam gemacht, dass Deutschlands Kohleverstromung nicht nur den Klimawandel vorantreibt, sondern auch dazu beiträgt, dass die Umsetzung der Agenda 2030 für Millionen Menschen in Ländern mit hoher Armutsquote weiter hinausgeschoben wird. Denn deutsche Steinkohlekraftwerke laufen weiterhin mit Kohle aus Ländern wie Kolumbien oder Südafrika, wo der Kohlebergbau Wasser und Luft verseucht und zu Vertreibung, Wasserknappheit und Hunger führt. Die „Aktion gegen Menschenfeindlichkeit“ setzte 2018 ein Zeichen gegen Nationalismus und Populismus. Mit dem Slogan „Für eine freie, offe-

ne und gerechte Gesellschaft – zu Hause und weltweit“ macht sich das Werk stark für die Werte der Freiheit, Demokratie und Solidarität. Hörbar und sichtbar tritt Misereor damit allen Populisten, Nationalisten und Anti-Demokraten entgegen, die in zunehmendem Maße Menschen angreifen, ausgrenzen und diskriminieren.

Lateinamerika: Bedrohung von Indigenen nimmt zu

Der politische Kontext hat sich im Jahr 2018 vor allem in einigen Ländern Lateinamerikas deutlich verändert: So haben die Präsidentschaftswahlen in Brasilien und Kolumbien einen politischen Richtungswechsel gebracht. In Brasilien hat sich vor allem die Bedrohungslage für die indigene Bevölkerung, für Minderheiten sowie Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger verschärft. Das Thema „Menschenrechte“ hat vor diesem Hintergrund in der Misereor-Projektarbeit weiterhin eine hohe Bedeutung. Zudem unterstützen Misereor-Partner Geflüchtete aus dem krisengeschüttelten Venezuela.

Mit Blick auf die für Herbst 2019 geplante Synode zur Lage im Amazonas-Gebiet in Rom wies Misereor-Chef Pirmin Spiegel auf dessen Bedeutung für die gesamte Weltgemeinschaft hin: „Amazonien spiegelt uns einen Planeten, der von unterschiedlichsten Interessen zerrissen wird. Was zurückbleibt, ist zerstörte Erde und eine Bevölkerung, der es schlechter geht als zuvor.“ Durch die Amazonas-Synode wolle Papst Franziskus „uns wachrütteln, Verantwortung für das Leben aller zu übernehmen und nach neuen, zukunftsfähigen Modellen zu suchen, die an die lokalen Gegebenheiten, Bedürfnisse und die Kultur der Menschen angepasst sind“.

Msgr. Pirmin Spiegel
Hauptgeschäftsführer Misereor

Als Werk für Entwicklungszusammenarbeit setzt sich Misereor seit 1958 weltweit für Gerechtigkeit, gegen Hunger, Krankheit und Ausgrenzung sowie deren Ursachen ein. Die Sorge um unser gemeinsames Haus, die Bewahrung der Schöpfung, ist uns ein zentrales Anliegen. Unsere Hilfe und Kooperation geschieht aus der Perspektive der Verletzlichsten und mit ihnen, unabhängig von Religion, ethnischer Zugehörigkeit oder Geschlecht. Misereor fördert zurzeit rund 2.800 laufende Projekte in rund 90 Ländern mit über 765 Millionen Euro.

www.misereor.de

► Demonstration vor dem Bundeswirtschaftsministerium: Im Rahmen ihrer Kohle-kampagne forderten am 18. September 2018 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Misereor-Büro Berlin den Ausstieg Deutschlands aus der Kohleverstromung. Zur selben Zeit tagte dort die Kohle-Kommission.

© Nina Brodbeck





▲
Die Situation der Christen in Äthiopien stand im Mittelpunkt des Monats der Weltmission 2018.

© Missio/Hartmut Schwarzbach

Missio – Internationales Katholisches Missionswerk

Glauben teilen. Weltweit

► Äthiopien stand 2018 im Mittelpunkt des Monats der Weltmission des Internationalen Katholischen Missionswerkes Missio. Laien, Ordensleute, Priester und Bischöfe aus dem ostafrikanischen Land besuchten im Oktober einen Monat lang Deutschland und berichteten in über 300 Veranstaltungen über ihre Arbeit. Ihre Botschaft: Ein befreiender, weltoffener, den ganzen Menschen berührender Glaube verändert die Gesellschaft und macht das Leben ein klein wenig besser. Solche Begegnungen inspirieren auch die Menschen in Deutschland, über ihren eigenen Glauben und wie er in die Gesellschaft wirkt, nachzudenken.

Nur rund 0,7 Prozent der Bevölkerung Äthiopiens gehören der katholischen Kirche an. Das politisch autoritär regierte Land erlebt einen wirtschaftlichen Aufschwung und eine Modernisierung, wovon aber nur wenige Menschen profitieren. Besonders der Norden und Nordwesten des Landes haben immer noch mit Dürren, Wassermangel und Ernteausfällen zu kämpfen. Nach Uganda ist Äthiopien zudem das Land, das in Afrika die meisten Flüchtlinge aufgenommen hat. Obwohl die katholische Kirche relativ klein ist, ist sie dennoch einer der wichtigsten Träger von Bildungs-, Gesundheits- und Flüchtlingseinrichtungen im Land. Davon profitieren alle Menschen – und dies macht die Kirche glaubwürdig. So wird sie auch als gesellschaftliche Vermittlerin in Anspruch genommen, wenn es zwischen den rund 120 unterschiedlichen Ethnien im Land zu Spannungen kommt. Sie ist auch eine der treibenden Kräfte des interreligiösen Dialoges im Land.

▼
Der Missio-Truck ist eine multimediale Ausstellung, mit der Missio über die Situation von Menschen auf der Flucht informiert.

© Missio



Eröffnet hat den Monat der Weltmission 2018 Missio Aachen in Erfurt mit einem Gottesdienst auf dem Domplatz, der live im Fernsehen vom Mitteldeutschen Rundfunk übertragen wurde. Beendet wurde die Kampagne von Missio München am 28. Oktober mit einem Festgottesdienst zum Weltmissionssonntag in Regensburg und einem anschließenden Festakt, bei dem Bundesentwicklungsminister Gerd Müller die große Bedeutung der Kirche für eine gute Zukunft Afrikas am Beispiel Äthiopiens betonte.

Ein besonderes Ereignis hat Missio Aachen 2018 auch bewegt: Die wegen angeblicher Blasphemie zum Tod verurteilte pakistanische Christin Asia Bibi ist in letzter Instanz nach zehn Jahren Haft freigesprochen worden. Schon seit 2014 unterstützte Missio Aachen die bedrängte Christin mit einer Petition, politischen Hintergrundgesprächen und Gebetsolidarität. Der Einsatz lohnte sich. Der Münchner Missio-Präsident Msgr. Wolfgang Huber wurde 2018 zum Vorsitzenden des China-Zentrums gewählt, wodurch die schwierige Lage der Christen in China für das Münchner Missionswerk nochmals in den Fokus rückte. In seiner interaktiven Ausstellung „missio for life“ für Schüler wechselte Missio München in die nächste Dimension: Virtual-Reality-Brillen versetzten Jugendliche in die Lebenswirklichkeit von jungen Menschen mit Behinderung in Tansania.

Msgr. Wolfgang Huber, Präsident Missio München
Prälat Dr. Klaus Krämer, Präsident Missio Aachen

Missio in Aachen und in München sind Teil des internationalen katholischen Netzwerks der Päpstlichen Missionswerke. Für Gemeinden in Deutschland wird dieses Netz in besonderer Weise am Sonntag der Weltmission im Oktober erlebbar. Diese größte Solidaritätsaktion der Katholiken weltweit kommt der Arbeit der ärmsten Diözesen besonders in Afrika und Asien zugute. Mehr Informationen zu Missio Aachen unter www.missio-hilft.de und zu Missio München unter www.missio.com.



Renovabis 25 Jahre Solidaritätsaktion mit den Menschen im Osten Europas

► Das Jahr 2018 stand für Renovabis unter dem Zeichen seines Gründungsjubiläums, des Jahresthemas „miteinander. versöhnt. leben. Gemeinsam für ein solidarisches Europa!“ und einer personellen Zäsur.

1993 auf Initiative des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) von der Deutschen Bischofskonferenz gegründet, wurden seither mehr als 23.000 Projekte in 29 Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas gefördert. Renovabis hat diese Erfolgsgeschichte auf unterschiedlichen Ebenen gefeiert: in der Geschäftsstelle, wo sehr engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich jeden Tag für die partnerschaftliche Arbeit einsetzen; in der Stadt Freising, wo Renovabis auf dem Domberg eine Heimat gefunden hat; und schließlich auf der „Berliner Bühne“ mit Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble, Kardinal Reinhard Marx sowie vielen Partnern aus dem Osten Europas und aus Deutschland.

Verständigung in Europa, Versöhnung und Brückenbau standen im Mittelpunkt des Jahresthemas 2018. Renovabis hat mit dem Dreiklang „miteinander. versöhnt. leben“ ein wichtiges Anliegen aufgegriffen. Die Pfingstaktion, die im Bistum Rottenburg-Stuttgart eröffnet und im Bistum Erfurt abgeschlossen wurde, eine Reihe von Veranstaltungen wie auf dem 101. Katholikentag oder beim jährlichen Kongress und verschiedene Publikationen gingen der zentralen Frage nach: Wie kann die Aufarbeitung einer oft sehr gewaltbelasteten Vergangenheit in den verschiedenen Partnerländern heute gelingen? Dabei wurden auch Konflikt-Szenarien und die im Kontext der Flüchtlingskrise immer deutli-

cher gewordenen Kommunikationsprobleme zwischen Ost und West in Europa thematisiert.

Personell erlebte Renovabis einen Wechsel in der Geschäftsführung: Gerhard Albert wurde in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Er hatte die Gründung der Solidaritätsaktion vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz aus begleitet, bevor ihn Pater Eugen Hillengass SJ 1996 als Geschäftsführer nach Freising holte. Dort konnte er Renovabis maßgeblich prägen und mitgestalten. Wir konnten ihm unseren großen Dank und die gebührende Wertschätzung für die geleistete Arbeit im Rahmen der Jubiläumsfeierlichkeiten ausdrücken. Markus Ingenlath rückte in die Geschäftsführung nach. Er bringt viele Erfahrungen in der internationalen Zusammenarbeit, in der gesellschaftspolitischen Netzwerkbildung, in Öffentlichkeitsarbeit und Stiftungswesen mit. Er übernahm die Leitung der Abteilung Kommunikation und Kooperation von Geschäftsführer Burkhard Haneke, der wiederum an die Stelle von Gerhard Albert (Geschäftsbereich „Projektarbeit und Länder“) trat. Renovabis hat damit sein Markenzeichen – die Erneuerung – im eigenen Haus umgesetzt.

2018 konnte Renovabis 636 Projekte in 29 Ländern mit einer Gesamtsumme von 28,14 Millionen Euro fördern, darunter die Landpastoral in der Slowakei und ein interkonfessionelles Dialogprojekt christlicher Frauen in der Republik Moldau.

*Pfarrer Dr. Christian Hartl
Hauptgeschäftsführer Renovabis*

▲
Pfarrer Dr. Manfred Deselaers begleitet im Zentrum für Dialog und Gebet in Auschwitz Jugendliche bei der Verarbeitung ihrer Eindrücke.

© Markus Nowak



▲
Begegnung, Verständigung und Versöhnung standen im Mittelpunkt der Pfingstaktion.

© Annette Hempfling, tobi.tobsen/
photocase.de

Seit 26 Jahren fördert die Solidaritätsaktion Renovabis Projekte im Osten Europas. Bis Mai 2019 waren dies rund 23.700 Einzelmaßnahmen mit einer Bewilligungssumme von 746 Millionen Euro. Wichtig dabei ist der ganzheitliche Ansatz: Sowohl kirchliche als auch soziale und Bildungsprojekte der Partner werden unterstützt. www.renovabis.de



▲
Fr. Ajaya Kumar Singh setzt sich für Menschenrechte und Religionsfreiheit in Indien ein.

© Helmut Wiesmann

▼
Prof. Dr. Heiner Bielefeldt analysiert Religionsfreiheit als ein umkämpftes Menschenrecht.

© Helmut Wiesmann

Jahrestagung Weltkirche und Mission 2018

Religionsfreiheit – ein umkämpftes Menschenrecht

► Unter Religionsfreiheit wird das Recht jedes Menschen verstanden, die eigene Glaubensüberzeugung frei zu bilden, anzunehmen und zu wechseln sowie den Glauben ungestört – allein oder in Gemeinschaft, öffentlich oder privat – auszuüben. Um Religionsfreiheit wird in unserer Gesellschaft immer wieder gerungen, sei es in Debatten über Kreuze im öffentlichen Raum, über die Beschneidung von minderjährigen Jungen oder über Verschleierungen am Arbeitsplatz. Wie die religiöse Freiheit der Menschen am besten geschützt wird, ohne dabei andere Grundrechte zu verletzen, muss im jeweiligen Kontext regelmäßig neu ausgehandelt werden. Diese Aushandlungsprozesse sind ein Zeichen dafür, dass der Mensch mit seinen innersten Überzeugungen ernstgenommen wird und mit seiner Würde im Zentrum unserer Rechtsordnung steht.

Der Blick in die Weltkirche zeigt, dass die Religionsfreiheit von Christinnen und Christen, aber auch von Angehörigen anderer Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften in vielen Ländern massiv verletzt wird. Weltkirchliche Akteure aus Deutschland und dem Ausland hatten bei der Jahrestagung Weltkirche und Mission vom 4. bis 6. Juni 2018 die Möglichkeit, sich intensiv mit dem Thema „Religionsfreiheit – ein umkämpftes Menschenrecht“ auseinanderzusetzen und sich durch ihre Beiträge gegenseitig zu bereichern.

Prof. Dr. Heiner Bielefeldt, der von 2010 bis 2016 Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für Religions- und Weltanschauungsfreiheit war, führte in die Thematik ein. Die Religionsfreiheit als wesentlicher Bestandteil der unteilbaren Menschenrechte befinde sich in einer Krise, so formulierte der Experte eindringlich. Es gebe zahlreiche „Verwirrungen und Verdrehungen“, die den Schutzbereich des Rechts auf Religionsfreiheit ernsthaft berühren. Bielefeldt warnte insbesondere vor der Tendenz, statt der religiösen Freiheit

der Menschen den Schutz der Religionen in den Vordergrund zu stellen. Religionsfreiheit könnte sonst leicht in ein Instrument zur Unterbindung unerwünschter Kritik und zur Beschneidung der Meinungsfreiheit verwandelt werden.

In der folgenden Podiumsdiskussion stand das Verständnis der Religionsfreiheit im Christentum und im Islam im Vordergrund. Prof. Dr. Roman Siebenrock zeigte auf, wie sich innerhalb der katholischen Kirche mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil und der Erklärung über die Religionsfreiheit *Dignitatis humanae* ein Wandel vom Recht der Wahrheit zum Recht der Person vollzog. Zugleich plädierte er dafür, einzelne Lehraussagen zur religiösen Freiheit nicht zu leicht zu verallgemeinern, sondern sich der Diversität der Positionen – vor und auch nach dem Konzil – bewusst zu bleiben. Eine solche Komplexität der Positionierungen, so führte Prof. em. Dr. Rotraud Wielandt aus, zeige sich in besonderer Weise im Islam. Die Islamwissenschaftlerin wies darauf hin, dass neben einer praktizierten Toleranz gegenüber Andersgläubigen in der islamischen Tradition durchgehend auch Reflexionen zu einem menschenrechtlichen Verständnis von Religionsfreiheit stattfanden, und forderte eine neue Hermeneutik im Umgang mit dem Koran, die diese Impulse aus der Tradition aufgreift. Extremistische Auslegungen der islamischen Religion, die zu Gewalt gegenüber Nichtmuslimen aufrufen, nannte Wielandt einen

► Pater Michael O'Sullivan berichtet zur Lage der Christen auf der Arabischen Halbinsel.

© Helmut Wiesmann





„Verrat“ an den Standards der islamischen Tradition.

Die ausländischen Kirchenvertreter machten in ihren Beiträgen deutlich, dass der Einsatz für Religionsfreiheit vor allem dann erfolgreich ist, wenn er mit einer lebendigen Praxis des interreligiösen Dialogs verbunden ist. Dabei verschwiegen sie nicht, vor welchen Herausforderungen die Christen in ihren Ländern und Regionen jeweils stehen.

Der Erzbischof von Lahore, Sebastian Francis Shaw, zeigte die Spannung zwischen der durch die Verfassung Pakistans grundsätzlich gewährten Religionsfreiheit und der Bedrängung religiöser Minderheiten durch extremistische Gruppierungen auf. Ungeachtet aller Schwierigkeiten, so der Erzbischof, haben Christinnen und Christen die Aufgabe, als Hoffnungsträger zu fungieren und den Dialog zwischen den Religionen zu suchen.

Pater Ajaya Kumar Singh aus Indien erklärte, wie die Regierung unter Narendra Modi den Hindunationalismus stärke und Kontrolle über nichthinduistische Religionsgemeinschaften anstrebe. Er sieht die Gefahr, dass sich unter dem derzeitigen Druck eine Untergrundkirche abspalten könnte. Zugleich lobte er, dass die Kirche innerhalb und außerhalb des Landes nicht stumm bleibe und Missstände anprangere.

Pater Anthony Corcoran SJ, Apostolischer Administrator von Kirgisistan, gab einen Einblick in die Lage der Religionsfreiheit in dem zentralasiatischen Land mit islamischer Bevölkerungsmehrheit. Kirgisistan sei von einer postsowjetischen Haltung geprägt, die den Staat nicht in der Rolle sehe, die Gesellschaft zu vertreten, sondern sie zu kontrollieren. Alle Religionsgemeinschaften im Land seien großem Druck ausgesetzt. Zugleich vermöge der Staat es nicht, der Perspektivlosigkeit der Jugend und der damit verbundenen religiösen Radikalisierung entgegenzuwirken.

Pater Michael O’Sullivan, der jahrzehntelang in den Ländern der Arabischen Halbinsel gelebt und in verschiedenen kirchlichen Funktionen gearbeitet

hat, berichtete den Tagungsteilnehmern über die Situation der schätzungsweise 2–3 Millionen Christinnen und Christen in der Region. Bis auf wenige Ausnahmen handelt es sich um ausländische Gastarbeiter insbesondere aus dem asiatischen Raum sowie um europäische oder amerikanische „Expatriates“. Die Lage in den verschiedenen Ländern gestaltet sich sehr unterschiedlich. So könnten Christen in den Vereinigten Arabischen Emiraten ihre Religion relativ frei ausüben und ihre Gottesdienste in großen Kirchen feiern. In Saudi-Arabien dagegen sei es bereits verboten, religiöse Symbole zu zeigen.

Im Anschluss an die Beiträge der Gäste aus der Weltkirche bot die Jahrestagung Raum für Reflexionen über mögliche Formen des anwaltschaftlichen Engagements. Prof. Dr. Heribert Hirte MdB berichtete als Vorsitzender des Stephanuskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion darüber, wie dieses überkonfessionelle Gesprächsforum in der Politik Impulse setze und im Sinne von Toleranz und Verständigung auf Situationen der Bedrängnis und Verfolgung von Christen in vielen Teilen der Welt aufmerksam mache. Zum Abschluss der Jahrestagung wurde eine gemeinsame Erklärung erarbeitet. Darin forderten die Anwesenden einen entschiedenen Einsatz für die Religionsfreiheit und hoben die Verantwortung der Religionsgemeinschaften hervor, im Dialog gemeinsame Erfolge für den Schutz dieses Menschenrechts zu erzielen.

Erzbischof Ludwig Schick, Vorsitzender der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, wies im Gottesdienst in dieselbe Richtung. Neben der Solidarität mit verfolgten und bedrängten Menschen sind Christinnen und Christen dazu aufgerufen, sich für mehr Gerechtigkeit, Freiheit und Sicherheit einzusetzen: „Christsein bedeutet nicht nur, als barmherziger Samariter dem unter die Räuber Gefallenen zu helfen, es heißt auch, den Weg nach Jericho sicherer zu machen.“

*Katja Nikles
Stv. Abteilungsleiterin Theologische Grundlagen,
Missio Aachen*

Prof. Dr. Roman Siebenrock blickt auf die Lerngeschichte der Kirche zur Religionsfreiheit zurück.

© Helmut Wiesmann

Erzbischof Sebastian Francis Shaw als Anwalt für Religionsfreiheit bei der Jahrestagung Weltkirche und Mission 2018

© Helmut Wiesmann

Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB, stellt Strategien zum Schutz der Menschenrechte vor.

© Helmut Wiesmann



Prof. em. Dr. Rotraud Wielandt: Auch im Islam gibt es die Forderung nach Religionsfreiheit.

© Helmut Wiesmann



Kuna Yunilka Valdez bereitet sich mit ihrer Gemeinde auf den Umzug auf das Festland vor. Sie hofft dort auch auf bessere Chancen für ihre Tochter.

© Adveniat /Matthias Hoch

Wer bezahlt für den Klimawandel?

► Wäre es doch nur so einfach, wie die AfD es sieht: Dort behaupten die einen, dass es keinen menschlichen Beitrag zum Klimawandel gebe, man deshalb auch nichts dagegen tun könne und den Klimaschutzorganisationen die Mittel gestrichen werden sollten. Andere meinen, dass man die Kosten gering halten sollte: etwa, indem man die „Massenmigration“ aus Afrika verhindert, denn schließlich wäre „der CO₂-Abdruck“ eines Menschen in Mitteleuropa „zehnmal so groß (...) wie der eines Menschen in Afrika“.¹ Kaum jemand, der die Zusammenhänge kennt, wird dem zustimmen können.



Damit bleibt die Frage: Wer bezahlt für die Folgen des Klimawandels? So richtig und wichtig diese Frage ist, die drei folgenden sind noch viel wichtiger: Wer ist am meisten vom Klimawandel betroffen? Wer hat ihn in erster Linie zu verantworten? Und: Wer hat die meisten Ressourcen,

dagegen anzugehen? Bei den Antworten auf diese Fragen steht es 2:1 für die Industrie- und früheren Kolonialländer gegen die Entwicklungsländer: Während letztere am meisten vom Klimawandel betroffen sind, haben sie zugleich am wenigsten zum Stand der Dinge beigetragen und die wenigsten Ressourcen, dagegen anzugehen. Und da in der United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) das schöne „Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung“ festgeschrieben ist, müsste damit die Eingangsfrage beantwortet sein: Die Industrie- und früheren Kolonialländer sind in der Pflicht und müssen kräftig in Vorleistung gehen.

Und es gibt tatsächlich Experten und Gremien, die das so sehen und praktische Vorschläge dazu erarbeiten. Etwa der Bericht an den Club of Rome

2016.² Die Autoren legen bewusst Empfehlungen für die reichen Länder vor, denn „die Industrieländer brauchen weder mehr Reichtum noch zusätzliche Güter“. Was sie brauchen, ist eine „gerechte Umverteilung (...)“. In den Entwicklungsländern ist die Situation anders, dort besteht noch das Bedürfnis nach konventionellem Wirtschaftswachstum³ – eben an nachholender Entwicklung. Die reichen Länder müssen vorangehen, schlicht weil sie es sich leisten können. Und am Ende profitieren alle.

Wenig überraschend sehen das auch viele Menschen in Afrika so, während man in Deutschland oft hört, man solle doch bitte nicht für die Sünden der Vorfahren haftbar gemacht werden. Dagegen kann gesagt werden, dass die Unrechtsstrukturen hinter dem heutigen Wohlstandsgefälle ihren Ursprung in der Kolonialzeit haben und kontinuierlich aufrechterhalten, sogar ausgebaut wurden: während des Kalten Kriegs bis hin zur heutigen Subventionspolitik, Freihandelspolitik, Konzernherrschaft und anderen Formen der Plünderung Afrikas. Die Pflicht zur Vorleistung der reichen Länder entspringt also auch aus dem Gebot ausgleichender, kompensatorischer und/oder korrekativer Gerechtigkeit.⁴

Dabei ist das Geld, das zur Bekämpfung des Klimawandels benötigt wird, ja durchaus vorhanden:

- Jenach Schätzung liegen zwischen sieben und 32 Billionen US-Dollar nutzlos in Steuerparadiesen herum.
- Oder: Pro Jahr verlassen geschätzt 50 Milliarden US-Dollar an Illicit Financial Flows den afrikanischen Kontinent, ohne dass deren Regierungen in der Lage sind, diese Abflüsse zu stoppen.
- Oder: Warum sollten deutsche Steuergelder nicht dort investiert werden, wo sie am meisten für die Klimabilanz bewirken? Etwa, indem mit deutschen Steuergeldern in Afrika Wind- und Solarparks gebaut werden und so Afrika geholfen wird, das fossile Zeitalter zu überspringen?

▲ Anfahrt zur Insel Gardi Sugdub in der Comarca Guna Yala. Auf den kleinen, dem Festland vorgelagerten Koralleninseln im pazifischen Meer leben noch etwa 30 000 Kuna. Wegen des steigenden Meeresspiegels und der Enge werden einige bald die Inseln verlassen.

© Adveniat /Matthias Hoch



▼
Gondar, Äthiopien. Provisorisches Lager für äthiopische Binnenvertriebene

© Jörn Neumann

Es geht also nicht nur darum, dass wir mehr Geld nach Afrika geben, sondern es geht auch darum, dass wir bereit sind, afrikanischen Ländern zu helfen, Gelder, die ihnen ohnehin gehören würden, einzunehmen oder zu besteuern – selbst wenn wir dadurch ein kleines Stück weniger vom großen Kuchen haben sollten.

Ja: Wollen wir wirklich den Klimawandel in den Griff bekommen, so wird jeder Verzicht erbringen müssen: Besser als die Zahlung eines freiwilligen CO₂-Ausgleichs beim Fliegen ist das Nicht-Fliegen. Besser als mehr Geld für Bio-Fleisch ist der Verzicht auf Fleisch. Besser als das immer neue und angesagteste Handy ist die Nutzung des vorhandenen, bis es kaputt ist und nicht mehr repariert werden kann.

Dabei geht es weniger um Verzicht, als um die Neuentdeckung und Wert-Schätzung alternativer Werte: etwa Entschleunigung, Gesundheit, Freizeit, weniger Statusstress.

Und damit sind wir bei der Werte-Frage: Wir sind geistig dermaßen im Neoliberalismus gefangen, dass wir schon gar nicht mehr merken, wie sehr wir längst nach dem Prinzip des „Habens“ statt dem des „Seins“ leben. Dass wir Wohlstand mit Wohlergehen, dass wir Wirtschaftswachstum mit sozialer Sicherheit verwechseln. Gerade Katholiken mit ihrer Katholischen Soziallehre sind aufgerufen, dem Neoliberalismus eine alternative, am Personen- und Gemeinwohl orientierte Ordnung entgegenzustellen, die sich wieder am menschlichen Maß und an menschlichen Werten orientiert. Und nur so können wir die „Strukturen der Sünde“ unterlaufen, schwächen und irgendwann zum Einsturz bringen, die unser Gemeinsames Haus momentan an die Wand zu faren drohen.

Da sich die USA aus dem Pariser Klimaabkommen verabschiedet haben und China, wie die USA, nur seine eigenen Interessen im Fokus hat, ruht eine große Verantwortung auf der Europäischen Union, dem dritten großen Akteur auf der Weltbühne: Hier liegt es auch und gerade an den Kirchen, die EU-Institutionen und Mitgliedsländer an die christlichen Inspirationen und Inhalte in den Gründungsdokumenten und die daraus erwachsenen Verpflichtungen zu erinnern, sodass die EU hier zu einem Standardsetzer werden und ihrer historischen und gegenwärtigen Verantwortung gegenüber Afrika gerecht werden kann.

Vermutlich wird das Vorstehende nur wenige überzeugen, weil es für viele eine unerhörte, weltfremde, nicht vermittelbare und nicht durchsetzbare Zumutung ist. Deshalb noch ein Letztes: Selbst AfD-Wähler und -Wählerinnen sollten einsehen, dass Menschen vor den Folgen des Klimawandels fliehen werden. Zunächst vom Land in die Stadt, irgendwann aber von der Stadt, wenn sie dort keine Arbeit finden, in Weltgegenden, wo Arbeit und Wohlstand existieren. Womit wir wieder beim Thema Migration sind, das Populisten so trefflich nutzen, um von den eigentlichen Problemen abzulenken. Eine historisch und sachlich angemessene Lastenverteilung beim Klimaschutz ist auch ein wichtiger, wirksamer, nachhaltiger und gerechtfertigter Beitrag zur Migrationsprävention.

Pater Jörg Alt SJ
Forschung & Advocacy Jesuitenmission



▼
Brandrodung an der Transamazonica

© Adveniat/Jürgen Escher

- ▼
- 1 Dr. Rainer Kraft, MdB, am 18.1.2018 im Deutschen Bundestag, Plenarprotokoll 19/7.
 - 2 Maxton, G./Randers, J. (2016): Ein Prozent ist genug – Mit wenig Wachstum soziale Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und Klimawandel bekämpfen. Oekom, München.
 - 3 Ebd. S. 144f. .
 - 4 Siehe etwa Koudissa, J.: Europäische Verantwortung für Verarmung und Migration. In: amosinternational 2/2017, S. 15-20, dort auch bestätigende Ausführungen von Otmar Fuchs oder Thomas Pogge.



Klimagerechtigkeit im ukrainischen Kontext

▲
Präsentation des Umweltmärchens „Blauer Schatz“ in der Bibliothek für Kinder der Provinz Lviv

© Umweltbüro UGKK

► Die Ukraine und der Klimawandel

Die Ukraine gehört zu den größten Umweltsündern. In Bezug auf Treibhausgasemissionen belegte die Ukraine 1990 unter allen Ländern weltweit den fünften Platz. Aufgrund der Emissionsreduzierung infolge des Produktionsrückgangs rückte die Ukraine 1998 auf den 10. Platz. 2011 war sie mit 320,8 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen noch immer auf dem elften Platz.

Die Ukraine ist nicht nur Täter, sondern sie wird auch Opfer der Umweltsünden. In den letzten Jahrzehnten haben sich die klimatischen Bedingungen in der Ukraine erheblich verändert, was zu erhöhten Risiken sowohl für Gesundheit und Wohlstand als auch für die natürlichen Ökosysteme und die verschiedenen Wirtschaftssektoren geführt hat.

So ist in der Ukraine die Oberflächentemperatur seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts signifikant angestiegen. Lag sie im Durchschnitt der Jahre 1961–1990 bei + 7,8°C, stieg sie in den Jahren 2007–2016 auf durchschnittlich + 9,4°C. Dies begünstigt plötzliche Wetteränderungen: Erhöhung der Häufigkeit und Intensität von hydro-meteorologischen Erscheinungen wie Schauer, Gewitter, Tornados, Hagel, dauerhaftere Hitze-

wellen; Erhöhung der Häufigkeit und Intensität von Dürren und Ausweitung der von ihnen erfassten Gebiete; Reduzierung der Flussfülle im Südosten der Ukraine bei gleichzeitigen Überschwemmungen im Westen des Landes.

Zu den Auswirkungen des Klimawandels auf die Ukraine gehören ein erhöhtes Risiko für die menschliche Gesundheit sowie eine Verringerung der Ernteerträge aufgrund der Intensivierung von Trockenheitsphänomenen und der Verbreitung von Schädlingen und pathogenen Krankheiten landwirtschaftlicher Pflanzen. Insbesondere in den im Sommer ohnehin unter Trockenheit leidenden südlichen und südöstlichen Regionen verschärfen sich die Wasserversorgungsprobleme. Bodendegradation und Wüstenbildung nehmen zu, die Produktivität der Wälder nimmt ab und der Abbau von Ökosystemen schreitet voran.

Am 18. Juli 2018 verabschiedete die Regierung ein Dokument für den Übergang zum kohlenstoffarmen Entwicklungsmodell, das die Reduzierung der Treibhausgasemissionen, den Verzicht auf fossile Brennstoffe und den Beginn von Investitionen in erneuerbare Energiequellen umfasst und eine allgemeine Steigerung der Energieeffizienz anstrebt. Dieser Klimastrategie entsprechend verpflichtet sich die Ukraine, die Treibhausgasemissionen im Vergleich zum Jahre 1990 bis zum Jahr 2050 um 31–34 Prozent zu vermindern.

Klimaexperten kritisieren dieses Dokument: Seine Umsetzung würde bedeuten, dass die Emissionen in den kommenden Jahren nicht weiter sinken müssten, sondern wieder ansteigen könnten, denn bereits heute sind sie – vor allem als Folge des Produktionsrückgangs – im Vergleich zu 1990 um etwa 60 Prozent gesunken.

Klimawandel als Herausforderung für die Kirche

Der Klimawandel stellt eine Herausforderung auch für die Kirche dar. Als Anwältin der Schöpfung, der Armen und der Bedrohten ist sie be-

▼
Schuleinheit „Ich und Energie“ in der Schule №18 in Kramatorsk

© Umweltbüro UGKK





rufen, einen authentischen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Deshalb wurden in der Ukrainischen Griechisch Katholischen Kirche (UGKK) die entsprechenden Umweltstrukturen ins Leben gerufen. Ende 2007 hat ihre Bischofssynode beschlossen, ein Nationalbüro für Umweltfragen und auf der Diözesanebene je eine Umweltbeauftragten-Stelle einzurichten. Heute ist diese Stelle in jeder Diözese besetzt und es wurde das Netz der diözesanen Umweltbeauftragten ins Leben gerufen. Die gemeinsame Umweltarbeit wird vom Nationalbüro für Umweltfragen der UGKK koordiniert und weiterentwickelt.

Die kirchliche Umweltarbeit versucht, alle Schlüsselbereiche des kirchlichen Lebens und des Dienstes der Kirche abzudecken. Sie konzentriert sich auf die Pflege einer neuen Kultur des verantwortlichen Umgangs mit der Umwelt als Gottes Schöpfung.

Klimaschutz in der kirchlichen Praxis

Heute gibt es bereits eine Anzahl ermutigender Beispiele von praktiziertem Klimaschutz:

Das Nationale Umweltbüro der UGKK hat eine Reihe von Handreichungen für die Bildung in Umweltfragen mit Bezug auf das Thema Klimaschutz herausgegeben, darunter das Handbuch „Ich und Energie“, das vom Bildungsministerium für die Grundschule empfohlen wurde. In Schulen und Pfarreien wurden über 300 Umweltbibliotheken eingerichtet. Dabei hat die Kirche auch die Kinder im Blick. Für sie werden Märchen zusammengestellt, die Fragen des Umgangs mit der Umwelt kindgerecht thematisieren.

Mit zahlreichen Maßnahmen zur Umweltbildung versuchen wir, möglichst vielen Menschen mehr Wissen über die Umwelt zu vermitteln und ihr Gewissen zu bilden. Wir wollen sie zu neuen klima- und schöpfungsfreundlichen Lebensstilen ermutigen. Zu diesem Zweck haben wir

zahlreiche Umweltinitiativen ins Leben gerufen. Darunter etwa die „Fastenzeit-Umweltinitiative“, die Durchführung von „Christlichen Umwelt-Sommerlagern“ und „Umweltmissionen“ und die Aktion „Baum des Friedens“. Die Adressaten all dieser Maßnahmen sind Kinder, Jugendliche und Erwachsene, kirchliche Gemeinden und Institutionen, Schuleinrichtungen sowie verschiedene Vereinigungen und Organisationen.

Ein wichtiges Instrument der Umweltbildung ist der „Koffer der Energieeffizienz“, den jeder diözesane Umweltbeauftragte verwendet. Er enthält über 20 praktische Beispiele zum Energiesparen und zur Schonung der natürlichen Ressourcen im alltäglichen Leben eines jeden Menschen.

Einen ganz praktischen Beitrag zur Bewahrung der Schöpfung leistet die Energieeffizienzstelle des Umweltbüros der UGKK mit dem Energieaudit für kirchliche Institutionen und Pfarregemeinden. Inzwischen wurden rund 200 kirchliche Einrichtungen (Priesterseminare, Klöster, Kirchen und Pfarrhäuser) und Einrichtungen der Caritas beraten.

Seit Jahren gibt es auch eine Zusammenarbeit zwischen dem Umweltbüro der UGKK, dem Umweltministerium und dem Ministerium für Bildung und Wissenschaft in Fragen der Umweltbildung und Schöpfungsbewahrung.

Mit ihrer Umweltarbeit und ihrem Einsatz für den Klimaschutz und die Bewahrung der Umwelt in der Ukraine bezeugt die Kirche ihren Schöpfungsglauben und versucht einen authentischen Beitrag zum Aufbau einer menschengerechten und zukunftsfähigen Gesellschaft zu leisten.

*Prof. Dr. Volodymyr Sheremeta
Leiter des Umweltbüros der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche*

Umweltpilgerfahrt nach Byschiv

© Umweltbüro UGKK

Umweltlager „Metanoia“

© Umweltbüro UGKK



Der Mensch in der Schöpfung – Krone oder Schadensfall?

Jacopo Robusti Tintoretto:
Die Erschaffung der Tiere

© Wikimedia Commons

► Die Forschung ist sich weitgehend einig, dass eine neue erdgeschichtliche Epoche begonnen hat: das „Zeitalter des Menschen“ – Anthropozän. Der Mensch ist zum „geologischen Faktor“ geworden. Durch fossile Energienutzung, Landwirtschaft und Technik greifen wir so tief in die Dynamik des Erdsystems ein, dass der aus dem Holozän bekannte Zustand der letzten 11.500 Jahre neuen, teilweise noch unbekanntenen Mustern von Stoff- und Energieströmen gewichen ist. Der Klimawandel ist der augenscheinlichste „Kippunkt“ (*tipping point*). Sozialethisch besonders herausfordernd ist, dass die gegenwärtigen Formen der globalen Armutsüberwindung zu einem erheblichen Teil der Einstieg in eine „Raubbauökologie“ sind. Auch die *Sustainable Development Goals*, die die UNO 2015 beschlossen hat, bieten keinen Ausweg aus diesem Dilemma.

Nach Yuval Harari ist der *homo sapiens* schon früh auf expansive Zerstörung seiner Umwelten ausgerichtet gewesen und hat zunächst durch Großwildjagd, dann durch Landwirtschaft und heute durch Großtechnologie immer wieder zum Massensterben der Arten in Fauna und Flora beigetragen. Demnach wäre der Mensch „Schadensfall der Schöpfung“: eine der größten „Naturkatastrophen“, die das Erdsystem bisher kannte. Die Erde wird dies überdauern, in ihrer Geschichte von 4,5 Milliarden Jahren ist die Existenz des *homo sapiens* wie ein Wimpernschlag. War die christliche Selbsteinschätzung, dass wir Menschen die „Krone der Schöpfung“ sind, naiv? Vielleicht sogar Ausdruck einer Hybris?

Es lohnt sich, den biblischen Ursprüngen nachzugehen: Krone und Segen des Schöpfungswerks ist nach *Gen 1* nicht der Mensch, sondern der Sabbat. Gleichwohl wird der Mensch aus der übrigen Schöpfung hervorgehoben, insbesondere durch seine Charakterisierung als Ebenbild Gottes sowie durch den Herrschaftsauftrag (*Gen 1,28*). Carl Amery betrachtet diesen in seinem Buch „Das Ende der Vorsehung. Die gnadenlosen Folgen des Christentums“ (1972) als kulturgeschichtliche Wurzel der Umweltzerstörung. Den biblischen Quellen wird dieser Vorwurf nicht gerecht: Be-

achtet man den Kontext und liest den Herrschaftsauftrag mit der Gottebenbildlichkeit zusammen, ergibt sich ein Verantwortungsauftrag. Vor allem in der Neuzeit haben es die Kirchen jedoch versäumt, sich gegen die imperiale Interpretation des Herrschaftsauftrags abzugrenzen. Die vermeintlich zentrale Stellung des Menschen als Krone der Schöpfung (Anthropozentrik) wurde zur Rechtfertigung schrankenloser Naturnutzung.

Vor diesem Hintergrund hat sich die Anthropozentrik zur zentralen Streitfrage der Umweltethik entwickelt. Ihre Verteidigung war ein zentrales Anliegen nahezu aller lehramtlicher Äußerungen zu ökologischen Fragen zwischen 1991 und 2015. „Verpackt“ wurde dies in das Theorem der „Humanökologie“. Diese sollte ursprünglich auch Titel und ethisches Leitmotiv der ersten Umweltzyklika werden. Kurz vor dem Erscheinen hat offensichtlich Papst Franziskus die Kursrichtung durch eine scharfe Abgrenzung gegen die „despotische Anthropozentrik“ (Nr. 116) geändert. Die u. a. von Franz von Assisi inspirierte Haltung der Demut gegenüber der Schöpfung prägt den ganzen Text und verleiht der christlichen Umweltethik ein neues Gepräge.

Es wäre allerdings ein Irrtum, die Enzyklika deshalb der „Biozentrik“ zuzuordnen. Im Hintergrund des Denkens von Papst Franziskus steht ein Modell, das die Metaphorik der „Zentriken“ hinter sich lässt, nämlich die Kritik an der Subjektphilosophie des deutschen Idealismus durch den Schelling-Schüler Karl Krause (1781–1832). Dieser wurde über den sogenannten „Krausismus“ in Lateinamerika intensiv rezipiert. Der extremen Subjektfixierung, die das westliche Denken der Neuzeit bis heute wesentlich prägt, wird ein Blick auf ökologische Einbettungskontexte entgegengestellt. Ihr Ziel ist nicht ein biozentrischer Posthumanismus, sondern ein ökologisch imprägnierter Humanismus, der den Menschen als Verantwortungssubjekt adressiert, aber gerade deshalb den Schutz von Tieren, Pflanzen und Naturräumen in ihrem Eigenwert einfordert und Resonanzbeziehungen zur Natur als Teil der Identitätsbildungsprozesse versteht.



Die Anthropozentrik ist im Anthropozän zur ökologischen Tatsache geworden, nicht bloß als Idee, sondern durch die anthropogene Dynamik des Erdsystems. Dies zu leugnen wäre Selbsttäuschung. „Die ganze Schöpfung liegt in Wehen“ (Röm 8,22). In gewisser Weise sind wir beides: „Krone“ und „Schadensfall“ der Schöpfung zugleich. Wir sind Treiber und Teil einer globalen, generationenübergreifenden und gesamtökologischen Schicksalsgemeinschaft des Lebens auf dem Planeten Erde. In diesem Bewusstsein könnte die Schöpfungstheologie heute wesentlicher Impulsgeber für einen Kulturwandel im Umgang mit der Natur werden: durch eine Haltung der Demut, der intelligenten Selbstbegrenzung und ein „erdverbundenes“ Verständnis des Menschen (das hebräische Wort für Mensch kommt von *adama*, Ackerboden). Durch eine Haltung des Staunens über die Schönheit der Wunder der Schöpfung. Dabei kann die Kirche, wie die Enzyklika *Laudato si'* exemplarisch an lateinamerikanischen Traditionen zeigt, viel von indigenen Kulturen lernen. Auch eine Haltung von Neugier und kreativem Wissensdrang entspricht der Mentalität des biblischen Schöpfungsglaubens. Sie findet ihren Ausdruck in einer Kultur technischer Innovationen und ökologisch-naturwissenschaftlicher Bildung, ohne die heute eine

Überwindung der globalen Entwicklungsprobleme kaum denkbar ist.

Das spannungsreiche Verhältnis zwischen Klimagerechtigkeit und Armutsüberwindung lässt sich nur dann zukunftsfähig bearbeiten, wenn ein ökosozialer Kulturwandel gelingt. Es geht darum, Handlungssouveränität gegenüber der Dominanz systemischer Eigendynamiken (beispielweise im Finanzsystem) zurückzugewinnen. Es geht auch darum, den Menschen vor sich selbst zu schützen, denn die Expansion der Macht über die Natur ist immer auch eine Expansion der Macht von Menschen über Menschen. Die biblische Schöpfungstheologie hat einen anthropologischen Akzent: Sie erzählt schon im Buch *Genesis*, wie der Mensch an seiner Berufung zur Verantwortung scheitert (Kain und Abel, Turmbau zu Babel, etc.), aber auch, wie Gott immer wieder Wege des Neuanfangs schenkt. Entscheidend ist die Bereitschaft zur Umkehr. Das planetare Zeitfenster für eine ökosoziale Umkehr wird nicht mehr lange offen sein. Die Zeit ist reif für eine Transformation des Entwicklungsmodells, um Humanität und Ökologie nicht länger gegeneinander auszuspielen.

Prof. Dr. Markus Vogt
Ludwig-Maximilians-Universität München

Das Ökumenische Netzwerk Klimagerechtigkeit

► Bereits seit einigen Jahren engagiert sich eine wachsende Zahl kirchlicher Akteure für das Thema Klimagerechtigkeit, das auch im kirchlichen Kontext an Bedeutung gewinnt. So wurde im April 2018 das **Ökumenische Netzwerk Klimagerechtigkeit (ÖNK)** gegründet. Anfangs standen vor allem Meinungs- und Weiterbildung im Zentrum. Eine erste große gemeinsame Aktivität war der Ökumenische Pilgerweg für Klimagerechtigkeit, der die Teilnehmer von Flensburg zur Klimakonferenz in Paris führte.

Durch diesen Pilgerweg für Klimagerechtigkeit ist es gelungen, die ökumenische Zusammenarbeit entlang des langen Weges nach Paris zu vertiefen und die kirchlichen Perspektiven zu diesem Thema in die Öffentlichkeit zu tragen. Nach Abschluss des Pilgerwegs besteht nun großes Interesse, die Vernetzung weiterzuführen und weitere Akteure für das Thema Klimagerechtigkeit zu motivieren. Die Gründung des ÖNK bietet Organisationen und Institutionen beider Konfessionen die Chance, sich gleichberechtigt einzubringen und gemeinsam voran zu gehen.

Getragen wird das Netzwerk aus dem Raum der evangelischen und katholischen Kirche. Der Trägerkreis setzt sich paritätisch zusammen. Für die katholische Seite wurden Personen in den Trägerkreis entsandt, die unterschiedliche Aspekte des Themas und verschiedene Akteursgruppen vertreten: Zu nennen sind die Arbeitsgemeinschaft der Diözesanen Umweltbeauftragten (AGU), die Konferenz der Diözesanverantwortlichen für weltkirchliche Aufgaben (KDW), die katholischen Verbände und schließlich die Hilfswerke. Delegiert wurden diese Personen durch die Konferenz Weltkirche, in deren Strukturen sie auch die Arbeitsgruppe „Klimagerechtigkeit“ bilden. Dort informieren sie die Mitglieder der Konferenz Weltkirche regelmäßig über die Aktivitäten im Netzwerk.

Die evangelische Kirche wird vertreten durch die Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftrag-



ten der Gliedkirchen der EKD, die Beauftragte für den Kirchlichen Entwicklungsdienst (KED), Brot für die Welt, die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und das Zentrum für Mission und Ökumene (Missionswerke).

Das Netzwerk verfolgt das Ziel, eine neue Qualität ökumenischer Vernetzung von Qualifizierung und Austausch zum Thema Klimagerechtigkeit in weltkirchlicher und ökumenisch-weltweiter Perspektive zu schaffen. Zudem soll die thematische Arbeit theologisch und spirituell eingebettet und eingeordnet werden.

Ein weiterer Schwerpunkt ist es, eine Brücke zwischen der kirchlichen Eine-Welt-Arbeit und

►
3. Ökumenischer Pilgerweg
für Klimagerechtigkeit
2018, Dresden

© Jens Knölker



◀
 Etappe auf dem Ökumenischen Pilgerweg für Klimagerechtigkeit
 © KNA/Marco Heinen

der Umweltarbeit zu schlagen. Denn häufig werden im kirchlichen Kontext die Gerechtigkeits- und Umweltfragen separat verhandelt. Die Enzyklika *Laudato si'* von Papst Franziskus und die im Januar dieses Jahres erschienenen *Zehn Thesen zum Klimaschutz* der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz heben jedoch hervor, dass diese aktuellen Themen zusammengedacht werden müssen.

Die inhaltliche Unterstützung für ökumenische Projekte im Bereich Klimagerechtigkeit ist zentral – wie beispielsweise beim Pilgerweg für Klimagerechtigkeit oder bei der Initiative „Churches for Future“. So ist auf der diesjährigen Netzwerktagung des ÖNK eine Initiative entstanden, die den Aufruf „Churches for Future“ gestartet hat. Organisationen aus dem Raum der Kirchen solidarisieren sich darin mit der Klimabewegung „Fridays for Future“. Unter anderem haben sie eine Fürbitte entwickelt, die in den Gemeinden gebetet werden kann, um die Anliegen der Kinder und Jugendlichen zu unterstützen. Mit dabei sind unter anderem Misereor, Brot für die Welt, Adveniat, das Bistum Speyer, die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau oder auch die Evangelische Kirche in Deutschland, vertreten durch Oberkirchenrätin Dr. Ruth Gütter. Sie rufen andere kirchliche Organisationen dazu auf, die Erklärung zu unterzeichnen und sich mit der Erklärung zu solidarisieren, damit dieses breite gesellschaftliche Bündnis weiter in die Kirche hineingetragen wird.

Das Netzwerk präsentiert sich auch im Internet. Auf der Webseite www.kirchen-fuer-klimagerechtigkeit.de wird informiert, welche Aktivitäten

die Mitglieder durchführen. So sollen die kirchlichen Mitglieder mehr Menschen und auch Politikerinnen und Politiker zum Handeln animieren.

Das Ökumenische Netzwerk Klimagerechtigkeit hat zwei Koordinatoren, die in einer gemeinsamen Geschäftsstelle an den Standorten in Berlin (Monika Maria Schell, m.schell@oenwkg.de) und Hamburg (Chris Böer, c.boer@oenwkg.de) erreichbar sind.

Neue Mitglieder sind im Netzwerk herzlich willkommen!

Monika Maria Schell
 Misereor

▼
 3. Ökumenischer Pilgerweg für Klimagerechtigkeit
 2018, Dresden
 © Jens Knölker



Ordensgemeinschaften, Bistümer und Hilfswerke: Einsatz für die Kirche in aller Welt

Die Anzahl deutscher Missionskräfte im weltweiten Einsatz betrug im Februar 2019 genau 1.707 Personen (minus 4,89 Prozent im Vergleich zum Vorjahr).¹ Den größten Anteil der Missionskräfte stellen die Ordensgemeinschaften mit 1.460 Personen, davon 823 Ordensschwestern, 494 Ordenspriester und 143 Ordensbrüder. Hinzu kommen noch 129 Fidei-Donum-Priester aus den deutschen Diözesen und 118 Laienmissionarinnen und -missionare. 40,9 Prozent aller Missionskräfte sind in Afrika tätig, 40,8 Prozent in Lateinamerika, 16,5 Prozent in Asien und 1,9 Prozent in Osteuropa. Des Weiteren förderten die Orden die weltkirchliche Arbeit mit knapp 83 Millionen Euro,² wovon 70,3 Millionen Euro unmittelbar in die weltweit unterstützten Projekte flossen.

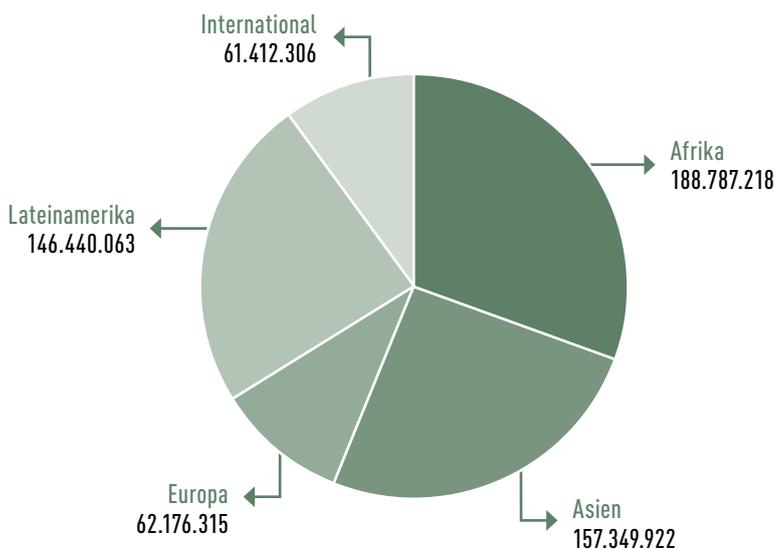
Die 27 Diözesen in Deutschland pflegen enge Beziehungen zu anderen Ortskirchen in der ganzen Welt und fördern vielfältige internationale Partnerschaften. Im Jahre 2018 haben sie Projekte ihrer kirchlichen Partner in den Ländern des Sü-

dens und Ostens mit 55,4 Millionen Euro aus Kirchensteuermitteln und Spenden gefördert.³ Hinzu kamen Überweisungen an die weltkirchlichen Werke für deren Projektarbeit in Höhe von 8,91 Millionen Euro, Ausgaben für die weltkirchliche Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in Höhe von 1,37 Millionen Euro, Zuschüsse der Diözesen für die Katholischen Akademien für weltkirchliche Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Unterstützungsleistungen für Freiwilligeneinsätze junger Menschen im Ausland.

Die katholischen Hilfswerke haben im Jahr 2018 Projekte in Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa mit 490 Mio. Euro gefördert.⁴

So ergibt sich eine Gesamtsumme von 616,1 Mio. Euro, die von den Orden, Bistümern und Hilfswerken weltweit für Hilfsprojekte zur Verfügung gestellt wurden. Dabei sind Direktüberweisungen katholischer Pfarrgemeinden und Verbände noch nicht erfasst.

Projektförderung durch Ordensgemeinschaften, Bistümer und Hilfswerke
alle Angaben in Euro



Projektförderung insgesamt ▶ 616.165.824

1 Quelle: Generalsekretariat der Deutschen Ordensoberkonferenz.

2 Vgl. Schaubild S. 25.

3 Vgl. Schaubild S. 28.

4 Vgl. Schaubild S. 27 oben.

Einnahmen und Ausgaben deutscher Ordensgemeinschaften für die weltkirchliche Arbeit 2018



Prof. Dr. Bernhard Bleyer (damals Hochschule Amberg-Weiden), rechts, und Vertreterinnen und Vertreter der beteiligten Klöster präsentieren das „Bündnis für Ethik und Nachhaltigkeit“.

© Kloster St. Dominikus, Strahlfeld

Alle Angaben in Euro

Einnahmen	Männer	Frauen	Summe
Spenden und Beiträge	27.052.667	2.662.841	29.715.508
Zweckgebundene Spenden	34.636.174	10.551.308	45.187.483
Zuschüsse	2.151.997	2.548.984	4.700.980
Summe	63.840.838	15.763.133	79.603.971

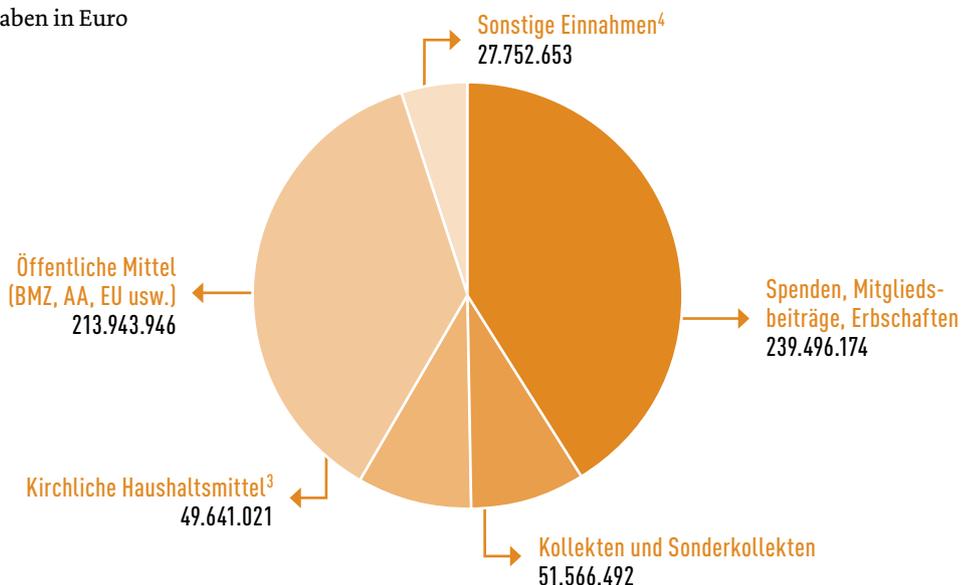
Ausgaben	Männer	Frauen	Summe
Afrika	22.091.568	7.197.546	29.289.114
Asien	16.047.763	1.881.520	17.929.283
Lateinamerika	10.339.638	4.464.400	14.804.038
Osteuropa	2.182.561	163.007	2.345.568
sonstige Länder	2.693.005	3.238.618	5.931.623
Verwaltung	4.570.052	569.185	5.139.237
Werbung	4.249.973	184.508	4.434.481
Bildung	2.702.532	385.036	3.087.567
Summe	64.877.092	18.083.820	82.960.911

Quelle: Arbeitsgemeinschaft deutscher Missionsprokuren (AGMP). Die Aufstellung erfasst die Angaben von 53 Ordensgemeinschaften. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist wegen einer veränderten Rückmeldequote nur bedingt möglich.

Einnahmen und Ausgaben der Hilfswerke für die weltkirchliche Arbeit 2018

Einnahmen der Hilfswerke

Alle Angaben in Euro



Summe der Einnahmen ▶ 584.703.286

Einnahmen	Adveniat ¹	Bonifatiuswerk ¹⁰	Caritas international
Spenden, Mitgliedsbeiträge, Erbschaften	17.570.149 €	16.787.951 €	33.521.059 €
(Sonder-)Kollekten	24.827.842 €	4.884.681 €	0 €
Kirchliche Haushaltsmittel ³	1.334.000 €	604.300 €	8.210.830 €
Öffentliche Mittel (BMZ, AA, EU usw.)	0 €	0 €	40.622.491 €
Sonstige Einnahmen ⁴	5.851.320 €	897.467 €	6.231.873 €
Summe Einnahmen	49.583.311 €	23.174.399 €	88.586.253 €

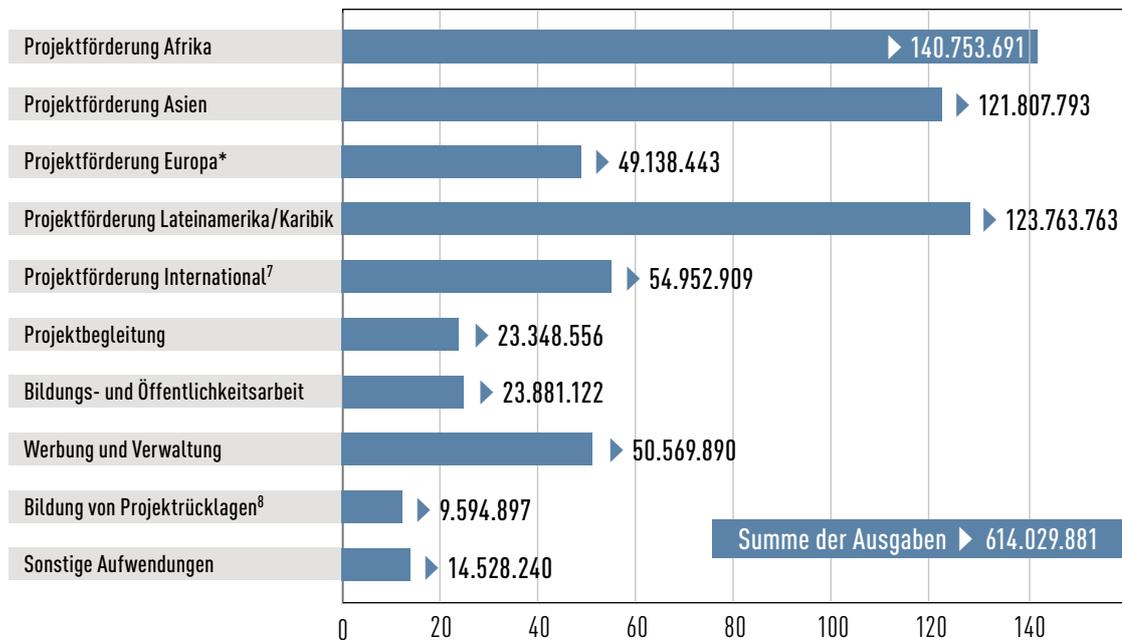
Ausgaben	Adveniat ¹	Bonifatiuswerk ¹⁰	Caritas international
Projektförderung Afrika	0 €	0 €	22.578.077 €
Projektförderung Asien	0 €	0 €	39.009.433 €
Projektförderung (Ost-)Europa*	469.879 €	7.790.779 € ¹¹	9.262.720 €
Projektförderung Lateinamerika/Karibik	35.698.624 €	0 €	9.967.339 €
Projektförderung International ⁷	0 €	0 €	265.276 €
Projektbegleitung	2.835.669 €	417.084 €	4.363.365 €
Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit	3.054.721 €	2.053.039 €	900.881 €
Werbung und Verwaltung	7.524.418 €	2.046.612 €	8.169.859 €
Bildung von Projektrücklagen ⁸	0 €	5.625.517 €	0 €
Sonstige Aufwendungen	0 €	104.323 €	1.262.346 €
Summe Ausgaben	49.583.311 €	18.037.354 €¹¹	95.779.296 €⁹

* Beim Kindermissionswerk „Die Sternsinger“ nur Osteuropa, bei Misereor ist Europa in „International“ enthalten.

- 1 Bei Adveniat beziehen sich die Zahlen auf das Haushaltsjahr 2018, das am 01.10.2017 begann und am 30.09.2018 endete.
- 2 Kumulierte Ergebnisse von Missio Aachen und Missio München.
- 3 Vom Verband der Diözesen Deutschlands (VDD) und einzelnen Diözesen.
- 4 Zinsen, Zuführungen aus Rücklagen, Zuführungen aus Stiftungen.
- 5 Die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben erklärt sich zum einen aus Restmitteln des Vorjahres und zum anderen aus unverbrauchten Projektmitteln, die für neue Bewilligungen zur Verfügung stehen. Hinzu kommen die über die Barmittel hinausgehenden Bewilligungszusagen (Verpflichtungsermächtigungen) des BMZ (Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), die in der Regel über einen Zeitraum von drei Jahren ausgezahlt werden.
- 6 Die hier aufgeführte Summe wurde um solche Mittel bereinigt, die im Rahmen der Zusammenarbeit in der Projektförderung von einem Werk an ein anderes weitergeleitet wurde.
- 7 Länderübergreifende Projektförderung.
- 8 Unter Bildung von „Projektrücklagen“ werden auch die Mittel erfasst, die sich am 31.12.2018 im Bewilligungsverfahren befanden und deshalb noch nicht als abgeschlossene „Projektförderung“ verbucht werden konnten.
- 9 Die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben wurde den freien Treuhandmitteln zugeführt.
- 10 Kumulierte Ergebnisse des Bonifatiuswerkes und des Diaspora-Kommissariates.
- 11 Die Ausgaben umfassen nicht die Ausgaben für Projekte innerhalb Deutschlands in Höhe von 5.137.045 Euro.
- 12 Die hier aufgeführten Summen wurden um solche Mittel bereinigt, die im Rahmen der Zusammenarbeit der Marmick-Werke bei der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in einem gemeinsamen Fonds verwaltet werden.

Ausgaben der Hilfswerke

Alle Angaben in Euro



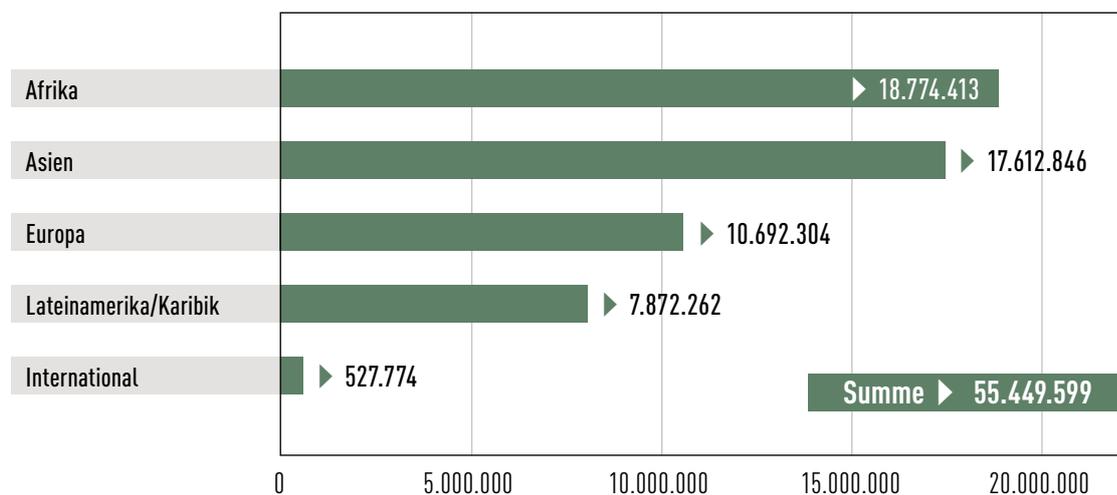
Kindermissionswerk „Die Sternsinger“	Misereor ⁵	Missio ²	Renovabis	Summen
75.760.257 €	47.460.256 €	42.297.077 €	6.099.425 €	239.496.174 €
0 €	10.480.992 €	7.140.638 €	4.232.339 €	51.566.492 €
0 €	7.119.949 €	18.753.602 €	14.118.340 €	49.641.021 € ¹²
1.021.054 €	165.488.086 €	375.822 €	6.436.493 €	213.943.946 € ⁶
4.180.224 €	1.681.033 €	8.047.498 €	3.713.238 €	27.752.653 € ⁶
80.961.535 €	232.230.316 €	76.614.637 €	34.599.835 €	584.703.286 €⁶

Kindermissionswerk „Die Sterninger“	Misereor	Missio	Renovabis	Summen
26.481.283 €	65.783.632 €	27.502.764 €	0 €	140.753.691 € ⁶
11.776.034 €	54.467.327 €	17.366.197 €	0 €	121.807.793 € ⁶
2.803.924 €	0 €	674.044 €	28.137.097 €	49.138.443 € ⁶
26.228.936 €	52.198.864 €	0 €	0 €	123.763.763 € ⁶
444.788 €	48.727.067 €	5.520.092 €	0 €	54.952.909 € ⁶
2.334.337 €	7.603.550 €	4.615.042 €	1.179.509 €	23.348.556 €
3.565.414 €	5.916.264 €	7.674.637 €	716.166 €	23.881.122 € ¹²
5.969.443 €	15.586.398 €	7.086.310 €	4.186.850 €	50.569.890 €
0 €	0 €	3.969.380 €	0 €	9.594.897 €
1.357.376 €	9.217.811 €	2.206.171 €	380.213 €	14.528.240 €
80.961.535 €	259.500.913 €⁵	76.614.637 €	34.599.835 €	614.029.881 €⁶

Direkte Projektförderung der Diözesen und Internetportal Weltkirche

Direkte Projektförderung der Diözesen

alle Angaben in Euro



Internetportal Weltkirche

Weltkirchliches Engagement hat viele Gesichter. Das 2012 von der Konferenz Weltkirche gegründete Internetportal Weltkirche stellt die unterschiedlichen Facetten und Akteure der Eine-Welt-Arbeit vor. Dazu gehören die Deutsche Bischofskonferenz, Diözesen, Ordensgemeinschaften, die katholischen Hilfswerke und Verbände in Deutschland. In täglich neuen Nachrichten, Hintergrundberichten und Interviews werden auch Themen wie der Klimawandel, Migration oder der Interreligiöse Dialog beleuchtet. Dabei kommen die Perspektiven der weltkirchlichen Partner selbst zur Sprache.

Interessierte können sich auch über Möglichkeiten erkundigen, persönlich aktiv zu werden – ob als Freiwillige oder hauptberuflich. Und wer bereits in der weiten Welt unterwegs ist, kann im Weltkirche-Blog über seine Erfahrungen berichten.

Schauen Sie vorbei unter:
www.weltkirche.katholisch.de
facebook.com/weltkirche
instagram.com/weltkirche

Deutsche Bischofskonferenz

Kaiserstraße 161
53113 Bonn
Telefon 0228 103 – 0
www.dbk.de

**Konferenz der Diözesan-
verantwortlichen Weltkirche**

c/o Sekretariat der Deutschen
Bischofskonferenz
Kaiserstraße 161
53113 Bonn
Telefon 0228 103 – 0

**Zentralkomitee
der deutschen Katholiken**

Hochkreuzallee 246
53175 Bonn
Telefon 0228 38297 – 0
www.zdk.de

**Deutsche Ordensobern-
konferenz – DOK**

Haus der Orden
Wittelsbacher Ring 9
53115 Bonn
Telefon 0228 68449 – 0
www.orden.de

**Deutsche Kommission
Justitia et Pax**

Hannoversche Straße 5
10115 Berlin
Telefon 030 28878-158
www.justitia-et-pax.de

**Institut für Weltkirche
und Mission**

Philosophisch-Theologische
Hochschule Sankt Georgen
Offenbacher Landstraße 224
60599 Frankfurt am Main
Telefon 069 6061 – 710
www.iwm.sankt-georgen.de

Bischöfliche Aktion Adveniat

Gildehofstraße 2
45127 Essen
Telefon 0201 1756 – 0
www.adveniat.de

**Bonifatiuswerk
der deutschen Katholiken**

Kamp 22
33098 Paderborn
Telefon 05251 2996 – 0
www.bonifatiuswerk.de

Caritas international

Deutscher Caritasverband
Karlstraße 40
79104 Freiburg
Telefon 0761 200 – 0
www.caritas.de

**Kindermissionswerk
„Die Sternsinger“**

Stephanstraße 35
52064 Aachen
Telefon 0241 4461 – 0
www.sternsinger.de

**Bischöfliches Hilfswerk
Misereor**

Mozartstraße 9
52064 Aachen
Telefon 0241 442 – 0
www.misereor.de

Missio Aachen

Goethestraße 43
52064 Aachen
Telefon 0241 7507 – 00
www.missio-hilft.de

Missio München

Pettenkofer Straße 26–28
80336 München
Telefon 089 5162 – 0
www.missio.com

Renovabis

Kardinal-Döpfner-Haus
Domberg 27
85354 Freising
Tel. 08161 5309 – 0
www.renovabis.de

IMPRESSUM

Herausgeber

Konferenz Weltkirche
c/o Sekretariat der
Deutschen Bischofskonferenz
Bereich Weltkirche und Migration
Kaiserstraße 161
53113 Bonn
Telefon: 0228 103 – 259
E-Mail: weltkirche.migration@dbk.de

Redaktion

Heribert Böller
Michael Kleiner
Johannes Seibel
Helmut Wiesmann

Grafische Gestaltung

MediaCompany – Agentur für
Kommunikation

Druck

DCM Druck Center Meckenheim

Bestelladresse

Sekretariat der
Deutschen Bischofskonferenz
Kaiserstraße 161
53113 Bonn
Telefon: 0228 103 – 111
E-Mail: dbk@azb.de



